Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7762**

17. Wahlperiode 16. 11. 2011

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 28. Mai bis 1. Juni 2010 in Riga, Lettland

Inhaltsverzeichnis

Die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) fand vom 28. Mai bis 1. Juni 2010 in Riga, Lettland, statt.

Teilnehmer der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Abgeordneter Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation,

Abgeordnete Ulla Schmidt (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,

Abgeordneter Dr. Wolfgang Götzer (CDU/CSU),

Abgeordneter Jürgen Hardt (CDU/CSU),

Abgeordneter Robert Hochbaum (CDU/CSU),

Abgeordneter Lars Klingbeil (SPD),

Abgeordneter Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Abgeordneter Joachim Spatz (FDP),

Abgeordneter Dr. Rainer Stinner (FDP).

Bundesrat:

Staatsminister Karl Peter Bruch (SPD), Rheinland-Pfalz,

Minister Lorenz Caffier (CDU), Mecklenburg-Vorpommern,

Minister Holger Hövelmann (SPD), Sachsen-Anhalt,

Minister Dr. Ingo Wolf (FDP), Nordrhein-Westfalen.

Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Fachausschüsse fanden am Samstag, 29. Mai 2010, und am Sonntag, 30. Mai 2010, statt. Das Plenum tagte am Dienstag, 1. Juni 2010.

Politischer Ausschuss (PC)

Der Politische Ausschuss tagte am Samstag, 29. Mai 2010, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland).

I Überblick über die Themen

Im Zentrum der Beratungen des Politischen Ausschusses standen – neben Vorträgen über die lettische Außen- und Sicherheitspolitik, den Lehren der NATO aus dem Afghanistan-Einsatz, der Entwicklung der politischen Verhältnisse in Zentralasien sowie der Sicherheitslage im Nahen Osten – insbesondere die Diskussion über die zukünftige strategische Ausrichtung der NATO und die NATO-Partnerschaften.

II Vortrag von Aivis Ronis, lettischer Außenminister, zum Thema „Lettlands Prioritäten in der Außen- und Sicherheitspolitik“

Nach einem kurzen Überblick über die Schwerpunkte der lettischen Außen- und Sicherheitspolitik konzentrierte sich Minister **Aivis Ronis** in seinem Vortrag auf die Rolle der NATO in einem sich wandelnden globalen Sicherheitsumfeld. Insbesondere die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise stelle die NATO im Hinblick auf die Entwicklung ihrer Ressourcen vor neue Herausforderungen. Er begrüßte, dass die Bündnispflicht gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages auch nach dem bisherigen Arbeitsergebnis der Expertengruppe zur Erarbeitung eines neuen Strategischen Konzepts der NATO Kernbestand des Selbstverständnisses des Bündnisses bleibe. Es sei wichtig für die Bündnispartner, sich hierzu erneut zu bekennen. Daneben müsse es vor allem um den Umgang mit neuen Herausforderungen und um eine Stärkung der NATO-Partnerschaften gehen. Da die Vereinigten Staaten nach wie vor der wichtigste strategische Bündnispartner seien, müsse der transatlantische Dialog gestärkt werden. Die Konsultationsmechanismen der NATO auf Grundlage von Artikel 4 des Nordatlantikvertrages sollten weiter ausgebaut werden. Der Minister bezeichnete den Einsatz der NATO in Afghanistan als die zentrale Mission des Bündnisses im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, deren Ausgang für die künftige Entwicklung der NATO wesentlich sei. Im Zentrum der Bündnispolitik der nächsten Zeit müssten außerdem die Weiterentwicklung des Verhältnisses zur Russischen Föderation, die Reduzierung von Massenvernichtungswaffen und die Eindämmung der Piraterie stehen. Mit ihrer Erweiterungspolitik habe die NATO in der Vergangenheit gute Erfahrungen gemacht und solle sie deshalb fortsetzen.

In der Aussprache warf ein litauischer Abgeordneter die Frage auf, ob auch das Problem der Energiesicherheit zu den Kernaufgaben der NATO gehöre. Ein Abgeordneter aus der Russischen Föderation wies darauf hin, dass die Bündnispflicht gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages zu bewaffneten Konflikten in Europa führen könne. Der Ausschussvorsitzende, Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland), erkundigte sich nach der Haltung des Ministers zur zukünftigen Gestaltung der NATO-Partnerschaften. Minister **Aivis Ronis** erklärte mit Blick auf die Bündnispflicht der NATO-Mitgliedstaaten, diese habe in Europa viele Jahrzehnte lang den Frieden bewahrt und in den letzten 20 Jahren zur europäischen Integration der Länder Osteuropas beigetragen. Auch die NATO-Partnerschaften trügen dazu bei, Konflikte zu vermeiden und Stabilität und Frieden zu wahren. Die NATO müsse allerdings mit ihren Partnern klare Vereinbarungen über das Ziel der jeweiligen Partnerschaft treffen.

III Vortrag von Alexander Vershbow, Abteilungsleiter für internationale Sicherheitsfragen im Pentagon, früherer Botschafter der Vereinigten Staaten in der Russischen Föderation und bei der NATO, zum Thema „Von Kabul nach Brüssel: Lehren der NATO aus dem Einsatz in Afghanistan“

Botschafter **Alexander Vershbow** wies auf die Erfolge hin, die in Afghanistan nach dem nun siebenjährigen Einsatz der NATO zu verzeichnen seien, machte aber auch deutlich, dass noch sehr viel mehr getan werden müsse. Der Afghanistan-Einsatz habe den Umgang des Bündnisses mit exterritorialen Einsätzen sehr verändert und die Bedeutung zivil-militärischer Kooperation und des Zusammenwirkens des Bündnisses mit Nicht-NATO-Partnern ins Zentrum der Aufmerksamkeit gedrängt. Die NATO habe ihre Afghanistan-Strategie entsprechend angepasst, der Erfolg hänge jedoch sehr stark auch von der Haltung der anderen Staaten in der Region ab. Obwohl die Sicherheitslage nach wie vor sehr angespannt sei, sei erkennbar, dass die afghanischen Sicherheitskräfte neben den NATO-Truppen zunehmend Verantwortung übernähmen. Ab dem Jahr 2011 sollten die afghanische Armee und Polizei die alleinige Zuständigkeit für einzelne Gebiete übernehmen. Gleichzeitig werde der Abzug der Streitkräfte des Bündnisses beginnen. Dies sei allerdings nicht als ein Endpunkt des NATO-Engagements in Afghanistan, sondern als Beginn einer langen Phase der weiteren Unterstützung des Landes zu verstehen. Obwohl die Bündnisverpflichtung gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages zu Recht nach wie vor als Kernbestand der Allianz angesehen werde, hätten die Entwicklungen der letzten zehn Jahre gezeigt, dass auch Ereignisse außerhalb des Gebietes der Mitgliedstaaten deren Sicherheit gefährden könnten. Zudem habe der Afghanistan-Einsatz die NATO zu einem anerkannten Akteur in der internationalen Sicherheitspolitik gemacht. Außerdem sei das Bedürfnis der Allianz nach der Entwicklung gemeinsamer Fähigkeiten und nach effizienterer Finanzierung deutlich geworden, Letzteres vor allem vor dem Hintergrund der Kürzung nationaler Verteidigungshaushalte. Ressourcen, die für exterritoriale Einsätze notwendig seien, kämen zum großen Teil auch der Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit und der Bündnisverpflichtung gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages zugute. Die Partnerschaften der NATO mit Nicht-Mitgliedstaaten wirkten als Multiplikator militärischer Kapazitäten und seien eine sehr kreative Weiterentwicklung der Bündnispolitik. Alexander Vershbow appellierte abschließend an die Mitgliedstaaten, die notwendigen Ressourcen für die Ausbildung der afghanischen Streitkräfte bereitzustellen, die Voraussetzung für eine erfolgreiche Übergabe der Sicherheitsverantwortung sei.

In der Debatte erkundigte sich die Abgeordnete **Erna Solberg** (Norwegen) nach einem Zeitplan für die Übergabe der Sicherheitsverantwortung in Afghanistan und nach der Zusammenarbeit der NATO mit anderen internationalen Organisationen, insbesondere den Vereinten Nationen (VN). Der Abgeordnete **Wladimir Schirinowski**

(Russische Föderation) wies darauf hin, dass nach den russischen Erfahrungen in Afghanistan die Taliban zurückkehrten, sobald ausländische Truppen das Land verließen. Senator **Sergio De Gregorio** (Italien) mahnte eine Lösung der Drogenanbauproblematik in Afghanistan an. Da die Erlöse aus dem Drogenhandel den Taliban zugute kämen, der Mohnanbau aber auch den Lebensunterhalt eines Teils der afghanischen Bevölkerung sichere, spiele der Umgang der internationalen Gemeinschaft mit dieser Frage eine wichtige Rolle. Der Abgeordnete **Khalid Pashtoon** (Afghanistan) brachte sein tiefes Mitgefühl für alle beim Einsatz in seinem Land gefallenen Soldatinnen und Soldaten der internationalen Streitkräfte zum Ausdruck. Notwendig sei allerdings eine politische Lösung, da es keine militärische Lösung geben könne. Die Versprechen des Wiederaufbaus und der Besserung der Lebensumstände für die Zivilbevölkerung seien bisher nicht eingelöst worden. Die Menschen verlören daher die Geduld und das Vertrauen in die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft. Der Abgeordnete **Dennis McShane** (Vereinigtes Königreich) forderte eine stärkere Einbeziehung Chinas und des Iran in die Afghanistan-Strategie. Auch müsse Indien überzeugt werden, den Kaschmirkonflikt mit Pakistan beizulegen, damit die Kräfte der pakistanischen Streitkräfte an der Grenze zu Afghanistan gebündelt werden könnten. **Alexander Vershbow** betonte, der anstehende Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan werde sich über einen langen Zeitraum hinziehen. Die afghanischen Sicherheitskräfte würden nicht alleine gelassen, sondern für lange Zeit weiter unterstützt. Die Zusammenarbeit mit den VN sei für den NATO-Einsatz in Afghanistan sehr wichtig, auch die Europäische Union (EU) spiele eine positive Rolle. Er erinnerte daran, dass das Engagement der NATO in Afghanistan im Jahr 2001 als Einsatz im Rahmen der Bündnisverpflichtung gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages begonnen habe. Dem Versprechen einer besseren Zukunft für die afghanische Bevölkerung sei die internationale Gemeinschaft verpflichtet. Die unterschiedlichen ethnischen Gruppen in Afghanistan hätten auch früher miteinander gelebt, und könnten dies wieder tun. Es sei bereits damit begonnen worden, den Mohnanbau durch andere Anbaugüter zu ersetzen und die Lebensgrundlage der betroffenen Menschen zu sichern. Bekämpft werden müssen jedoch nicht nur der Drogenanbau, sondern auch die Transportwege. Die Vereinigten Staaten sähen sich der Lösung des Problems zwar verpflichtet, wollten aber derzeit kein weiteres Konfliktfeld schaffen. Die Menschen in Afghanistan müssten davon überzeugt werden, dass eine Unterstützung der afghanischen Regierung zur Verbesserung ihrer Lebensumstände beitragen werde. Das Ziel sei eine afghanische Selbstverwaltung.

IV Beratung des Generalberichtsentwurfes über „Zusammenhalt des Bündnisses“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Senatorin Raynell Andreychuk (Kanada)

Nachdem Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada) kurz ihren Bericht vorgestellt hatte, forderte Senator **Josselin de Rohan** (Frankreich), angesichts eines erheblichen Defizits im Haushalt der NATO die Strukturen des Bündnisses im Interesse einer Ausgabenreduzierung zu reformieren. Der Abgeordnete **Loic Bouvard** (Frankreich) sah den Zusammenhalt im Bündnis angesichts großer Meinungsunterschiede zwischen den Bündnispartnern über die richtige Strategie für den Afghanistan-Einsatz gefährdet. Die Abgeordnete **Beatriz Rodriguez-Salmones** (Spanien) forderte eine Stärkung des Zusammenhalts durch ein häufigeres gemeinsames Training der Armeen der Mitgliedstaaten. Einige Ausschussmitglieder schlugen vor, den vorliegenden Berichtsentwurf durch die Beiträge einzelner Bündnispartner zum Einsatz in Afghanistan zu ergänzen. Ein Abgeordneter empfahl jedoch, den Bericht nicht zu einem Wettstreit darüber zu machen, welches Mitgliedsland in Afghanistan die größten Opfer gebracht habe. Mehrere Mitglieder lobten die Diskussion über das neue Strategische Konzept der NATO, auch wenn dieses nicht alle offenen Fragen, vor denen die Allianz stehe, beantworte könne. Die Berichterstatterin, Senatorin **Raynell Andreychuk,** sagte abschließend zu, die Anregungen der Ausschusskolleginnen und -kollegen bei der Überarbeitung ihres Berichts im Vorfeld der kommenden Jahrestagung der NATO PV zu berücksichtigen.

V Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ über „Die NATO und die Kontaktstaaten“, vorgelegt von dem Berichterstatter Jose Luis Arnaut (Portugal), vorgestellt vom Vorsitzenden des Unterausschusses, Abgeordneter Dr. Rainer Stinner (Deutschland)

Stellvertretend für den Berichterstatter führte der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) aus, der Bericht über die Kontaktstaaten der NATO konzentriere sich auf die vier Partnerstaaten, die bisher die größten Beiträge zu Operationen der Allianz geleistet hätten, nämlich Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea. Dabei seien Japans Beiträge vor allem politischer, nicht militärischer Art. Japan sei aber einer der Hauptgeldgeber in Afghanistan, während sich beispielsweise Neuseeland dort durch Führung eines *Provincial Reconstruction Teams* auch militärisch beteilige. Durch den Einsatz in Afghanistan habe sich die Zusammenarbeit der NATO mit Nicht-Mitgliedern der Allianz deutlich intensiviert. Allerdings sei noch zu klären, wie die Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten zukünftig fortgesetzt werden solle. Ein geplanter Besuch des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ in Japan werde zur Entwicklung der Beziehungen beitragen.

VI Vortrag von Alain Délétroz, Vizepräsident (Europa) der *International Crisis Group* (ICG), zum Thema „Zentralasien: Ein großes Spiel unter Dreien?“

Um sich der Frage anzunähern, welchen Einfluss der Westen, die Russische Föderation und China in der zentralasiatischen Region ausübten, beschrieb **Alain**

Délétroz zunächst die politische Situation in den fünf zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Ihnen gemeinsam sei, dass sie sich ihre Unabhängigkeit nicht erkämpft, sondern diese durch Auflösung der ehemaligen Sowjetunion erhalten hätten. Sie hätten alle starke oder autokratische Staatspräsidenten und außer in Tadschikistan nur Einparteiensysteme. Während sich der Westen nach Ende des Kalten Krieges um eine Demokratisierung der Region bemüht habe, sei das Interesse seit den Anschlägen vom 11. September 2001 vor allem sicherheitsstrategisch. Selbst die Unruhen in Usbekistan im Jahr 2005 und die Ausschreitungen usbekischen Militärs gegen Zivilisten hätten daran nichts geändert. Russland habe in der Region sowohl kulturell als auch wirtschaftlich nach wie vor großen Einfluss. Die russische Sprache sei in den Eliten der zentralasiatischen Republiken weit verbreitet, und mit der Politik des russischen Präsidenten Dimitrij Medwedew bestünde großenteils Einvernehmen. Allerdings habe Russland durch den Konflikt mit Georgien im Jahr 2008 Vertrauen verspielt. Nach dem 11. September 2001 habe Russland zunächst eine sehr positive Rolle in der Region gespielt, später allerdings die amerikanische Politik in Zentralasien behindert. China sei nach dem Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion sehr besorgt gewesen, dass Extremisten in zentralasiatischen Staaten an die Macht kommen und Grenzgebiete destabilisieren könnten. Wirtschaftlich sei China in der Region sehr aktiv und habe bereits die EU in der Rolle als größter Exporteur abgelöst. Der florierende Drogenhandel aus Afghanistan sei für alle drei großen Akteure in der Region, die EU, Russland und China, ein erhebliches Problem.

In der Debatte forderte der Abgeordnete **Wladimir Schirinowski** (Russische Föderation) die internationale Gemeinschaft auf, die Staaten Zentralasiens, die derzeit Verbindungen zu Terrororganisationen unterhielten und den Transport von Drogen durch ihr jeweiliges Staatsgebiet zuließen, in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht zu unterstützen. Der Abgeordnete **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) warf die Fragen auf, welche Interessen die NATO in Zentralasien verfolge, und ob Russland und China bereit seien, bei der Entwicklung der Region zu kooperieren. **Alain Délétroz** antwortete, an einer Zusammenarbeit der einflussreichsten Staaten der Region, China, Russland, Indien und Iran, führe kein Weg vorbei. Der derzeitige Zustand mit fünf zentralasiatischen Republiken, die sich weigerten, miteinander zu kooperieren, sei trostlos. China, das sich sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht zum Hauptakteur in der Region entwickle, habe kein Interesse an der Aufrechterhaltung des amerikanischen Einflusses. Allerdings teile China mit Russland dieselben Sicherheitsinteressen, insbesondere im Hinblick auf die Zurückdrängung der Taliban.

VII Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ über „Sicherheit in der Golfregion und der arabischen Halbinsel“, vorgelegt von dem Berichterstatter Mike Ross (Vereinigte Staaten), vorgestellt von dem Vorsitzenden des Unterausschusses, Senator Sergio De Gregorio (Italien)

In Vertretung des Berichterstatters erklärte Senator **Sergio De Gregorio** (Italien), da die Sicherheitslage in der Golfregion und auf der arabischen Halbinsel auch die Sicherheit im Bündnisgebiet beeinflusse, bemühe sich die NATO, zu einer friedlichen Entwicklung der Lage beizutragen. Die instabile Region sei aufgrund ihrer Rohstoffvorkommen und für die Schifffahrt von großer strategischer Bedeutung. Die Piraterie im Golf von Aden habe dort zu einer bisher nie dagewesenen Marinepräsenz geführt, an der auch die NATO beteiligt sei. Die instabile Lage in der Golfregion begünstige auch den internationalen Terrorismus. So nutze Al-Qaida die schwachen staatlichen Strukturen im Jemen und gefährde dadurch auch die innere Sicherheit in den Nachbarstaaten. Zwar sei auf der Afghanistankonferenz im Januar 2010 in London beschlossen worden, den Jemen zu unterstützen, die versprochenen Hilfsgelder der internationalen Gemeinschaft seien aber bisher nicht zur Verfügung gestellt worden. Das Nuklearprogramm des Iran stelle ein weiteres Sicherheitsproblem in der Golfregion dar, auch durch die Verbindungen des Iran zu Syrien. Der Golfkooperationsrat, der Frieden und Sicherheit in der Region fördern solle, sei bisher nicht sehr erfolgreich gewesen, da kleinere Staaten der Region die Dominanz durch Saudi Arabien fürchteten. Die NATO könne hier als Berater im Rahmen der *Istanbul Cooperation Initiative* gute Unterstützung leisten. Einbezogen werden müssten auch weitere Akteure wie die EU, China und Russland, um die wirtschafts- und sicherheitspolitische Entwicklung der Region voranzubringen.

Der Abgeordnete **Loic Bouvard** (Frankreich) betonte die besondere Bedeutung der Golfregion für Europa. Die bilateralen Kontakte europäischer Staaten zu Staaten dieser Region seien oft stark ausgeprägt. Es frage sich daher, wie diese guten bilateralen Kontakte für multilaterale Sicherheitsinitiativen genutzt werden könnten. Ein türkischer Abgeordneter hielt die schlechte Sicherheitslage im Jemen für das größte Risiko in der Region. Es sei wichtig, dem Terrorismus durch Stärkung der staatlichen Strukturen im Jemen den Nährboden zu entziehen. Der Iran verlange zurecht, als wichtiger regionaler Akteur wahrgenommen zu werden. Es sei elementar, eine diplomatische Lösung der iranischen Nuklearfrage zu erreichen. Darauf habe insbesondere die Türkei gemeinsam mit Brasilien hingewirkt. Ergebnis dieser Bemühungen sei ein am 17. Mai 2010 mit dem Iran geschlossenes Abkommen, wonach der Iran schwach angereichertes Uran an die Türkei übergeben solle, die dies kontrolliert gegen Brennstäbe tauschen wolle. Die Abgeordnete **Ana Maria Gomes** (Europäisches Parlament) regte an, der Bericht solle dem Konflikt zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten größere Aufmerksamkeit widmen. Die Abgeordnete **Erna Solberg** (Norwegen) forderte die NATO auf, die Debatte nicht nur unter dem sicherheitspolitischen Aspekt zu führen, sondern die Menschen in der Golfregion stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Se-

nator **Sergio De Gregorio** (Italien) schlug vor, Russland in die Lösung der Nuklearfrage mit dem Iran stärker einzubeziehen.

VIII Aktivitäten im Jahr 2010

Der Vorsitzende des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“, Abgeordneter **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland), und der Vorsitzende des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“, Senator **Sergio De Gregorio** (Italien), stellten die für das laufende Jahr geplanten Aktivitäten ihres jeweiligen Unterausschusses vor.

Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss tagte am Sonntag, 30. Mai 2010, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Julio Miranda Calha** (Portugal).

I Überblick über die Themen

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Lage in Afghanistan, der Einsatz der Internationalen Schutztruppe für Afghanistan (*International Security Assistance Force*, ISAF) und der Stand des Aufbaus der afghanischen Sicherheitskräfte. Daneben beschäftigten sich die Delegierten mit der Zukunft atomarer Waffen in Europa und mit der Frage, ob die NATO im Hinblick auf die durch den Klimawandel verursachte Veränderung der Sicherheitslage in der Arktis eine Rolle übernehmen solle.

II Vortrag von Imants Liegis, lettischer Verteidigungsminister, zum Thema „Lettlands NATO-Vision im Hinblick auf das neue Strategische Konzept“

Lettland sei stolz, mit Außenminister Aivis Ronis ein lettisches Mitglied in der Expertengruppe zur Erarbeitung des neuen Strategischen Konzepts der NATO gehabt zu haben, erklärte Minister **Imants Liegis.** Die NATO könne mit dem offenen, transparenten und breit angelegten Diskussionsprozess zufrieden sein. Die Selbstvergewisserung, dass Artikel 5 des Nordatlantikvertrages nach wie vor zum Kernbestand des Bündnisses gehöre, sei für Lettland von besonderer Bedeutung. Es sei jedoch darüber hinaus wichtig, das Beistandsversprechen der Bündnispartner untereinander auch im Bewusstsein der Bevölkerungen der Mitgliedstaaten zu verankern. Dies könne beispielsweise dadurch erreicht werden, dass regelmäßig NATO-Übungen in den Mitgliedstaaten durchgeführt würden. Von der Konsultationsklausel gemäß Artikel 4 des Nordatlantikvertrages könne nach Lettlands Auffassung weitgehender als bisher Gebrauch gemacht werden. Außerhalb unmittelbarer Bedrohungsszenarien könnten die Bündnispartner sich beispielsweise konsultieren, um Rüstungslieferungen an Drittstaaten zu besprechen, wenn diese Auswirkungen auf die Sicherheit von Bündnispartnern haben könnten. Lettland nehme die aus der NATO-Mitgliedschaft resultierenden Verpflichtungen sehr ernst, und habe daher auch während der Finanz- und Wirtschaftskrise seinen Beitrag in Afghanistan aufrecht erhalten. Dies sei nur durch eine eindeutige Prioritätensetzung möglich gewesen. Eine Aufstockung der derzeit 175 lettischen Soldaten, die in Afghanistan Dienst täten, habe unter diesen Umständen leider nicht erfolgen können. Sowohl in den Streitkräften als auch im Verteidigungsministerium seien erhebliche Einsparungen notwendig gewesen, die beispielsweise durch eine Gehaltskürzung von durchschnittlich 20 Prozent erreicht worden seien. Lettland begrüße die Weiterführung des Dialogs zwischen der NATO und der Russischen Föderation, insbesondere im Hinblick auf die Reduzierung nuklearer Waffen. Lettland unterstütze ebenfalls die Haltung, dass die NATO ihre nukleare Kapazität aufrechterhalten solle, solange in der Welt Atomwaffen existierten, und dass jede weitere Entscheidung hierüber durch alle 28 NATO-Mitgliedstaaten getroffen werden müsse. Der Ausbau der praktischen Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation sei begrüßenswert, und der Transit militärischer Güter über Riga durch Russland nach Afghanistan sei ein sehr gutes Beispiel hierfür. Der weitere Prozess der Abstimmung des neuen Strategischen Konzepts müsse transparent bleiben und eine parlamentarische Einflussnahme ermöglichen.

Der Abgeordnete **Sven Mikser** (Estland) meinte, die Aufrechterhaltung der Nuklearstrategie der NATO und die anhaltende Stationierung von Atomwaffen in Europa könne sich auch auf das Gleichgewicht im Hinblick auf die konventionellen Waffen auswirken. Der Abgeordnete **Vahid Erdem** (Türkei) sah ein wachsendes Bewusstsein der Bevölkerungen in den Mitgliedstaaten für die aus Steuermitteln finanzierten Operationen der NATO. Der Abgeordnete **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) betonte, dass in Lettland die Zustimmungsrate in der Bevölkerung zur NATO weitaus höher sei als in anderen Mitgliedstaaten. Er fragte, ob eine anhaltende Entspannungspolitik der NATO gegenüber Russland zu einem Absinken der Zustimmungsrate führen könne. Minister **Imants Liegis** sah diese Gefahr nicht, da auch andere Staaten des ehemaligen Ostblocks, insbesondere Polen, ihr Verhältnis zu Russland wesentlich verbessert hätten. Allerdings sei die Besetzung Lettlands durch russische Truppen im öffentlichen Gedächtnis noch sehr präsent. Senator **Giovanni Torri** (Italien) erklärte, die NATO und die Regierungen der Mitgliedstaaten könnten sich in der Entscheidung über Einsätze nicht nur nach der öffentlichen Meinung richten.

III Vortrag von Generalmajor Juris Maklakovs, Oberbefehlshaber der lettischen Streitkräfte, zum Thema „Wie ein kleines Land zur Sicherheit der Allianz beitragen kann“

Der NATO-Beitritt, so Generalmajor **Juris Maklakovs,** habe die lettische Armee vor die anspruchsvolle Aufgabe gestellt, eine professionell ausgebildete und gut ausgerüstete Truppe zu schaffen, die mit den Verbänden der Alliierten kompatibel und in der Lage sei, an NATO-Einsätzen teilzunehmen. Die Kernfragen seien gewesen, ob sich die lettische Armee für alle möglichen Aufgaben qualifizieren solle, und wie die Aufgaben der nationalen und der kollektiven Verteidigung miteinander in Einklang zu brin-

gen seien. Die erste Frage könne durch einen Blick auf das breitgefächerte Engagement Lettlands in NATO-Missionen beantwortet werden. Die eindeutige Priorität komme dabei dem ISAF-Einsatz in Afghanistan zu. Hier stelle Lettland mit 175 Soldaten den drittgrößten Truppenverband, wenn man die Anzahl der Soldaten pro 100 000 Einwohnern heranziehe. Im Hinblick auf die internationale Kooperationsfähigkeit der lettischen Armee sei insbesondere auf den hohen Grad regionaler Zusammenarbeit zu verweisen. Die drei baltischen Staaten hätten bereits vor dem NATO-Beitritt im Jahr 2004 eng kooperiert, hinzugekommen sei jedoch eine Zusammenarbeit mit Dänemark und Norwegen. Insbesondere auf das erfolgreiche Zusammenwirken mit Norwegen in Afghanistan sei die lettische Armee sehr stolz. Für die nähere Zukunft gebe es folgende Ziele: die Aufrechterhaltung und wenn möglich den Ausbau des lettischen Beitrags in Afghanistan, die Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit und nach Möglichkeit der Aufbau gemeinsamer regionaler Fähigkeiten sowie die Auseinandersetzung mit neuen Risiken, beispielsweise *Cyber*-Angriffen. Auf die Nachfrage eines Ausschussmitglieds, ob der lettische Verteidigungshaushalt in den kommenden Jahren noch weiter absinken werde, antwortete der Generalmajor, das sei unwahrscheinlich, da der Haushalt bereits jetzt nur noch etwa 50 Prozent des Ansatzes aus dem Jahre 2008 umfasse.

IV Beratung des Generalberichtsentwurfs „*Partnering* mit den afghanischen Sicherheitskräften“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Frank Cook (Vereinigtes Königreich), und Vortrag von Jack D. Segal, politischer Berater des Befehlshabers des *NATO Joint Forces Command* in Brunssum

Der Abgeordnete **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) bezeichnete die verstärkte Zusammenarbeit der ISAF-Verbände mit den afghanischen Streitkräften als entscheidende Entwicklung des NATO-Engagements in Afghanistan. Die Übergabe der Verantwortung an die afghanischen Streitkräfte sei die Voraussetzung für einen Abzug der internationalen Streitkräfte aus dem Land. Diese Voraussetzung sei jedoch noch längst nicht erfüllt. Der Bericht gebe den aktuellen Entwicklungsstand der afghanischen Nationalarmee und der afghanischen Polizeikräfte wieder. Es gebe fraglos noch immer wesentliche strukturelle Mängel in beiden Organisationen, beispielsweise Führungsschwäche, Korruption, Drogenmissbrauch und Analphabetismus. Seit Beginn des ISAF-Einsatzes im Jahr 2001 sei viel Zeit verschwendet worden, in der diese Probleme nicht angegangen worden seien. Der Aufbau der afghanischen Nationalarmee nehme inzwischen einen überwiegend positiven Verlauf. Die Armee sei in der Bevölkerung anerkannt, multiethnisch aufgestellt und zunehmend in der Lage, bei Einsätzen das Kommando zu übernehmen. Sie sei allerdings noch weit davon entfernt, die Sicherheit im ganzen Land gewährleisten zu können. Besonders in der Luftwaffe, die aufgrund der territorialen Gegebenheiten im Land dringend benötigt werde, seien besondere Mängel in der Führung zu beklagen und spiele der Drogenmissbrauch eine große Rolle. Zumindest habe die Rekrutierungsquote, bedingt durch eine erhebliche Anhebung der Gehälter, signifikant erhöht werden können. Das vorhandene Datenmaterial müsse allerdings vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die afghanische Nationalarmee unter extrem hohem Erfolgsdruck stehe.

Jack D. Segal betonte, seit der Afghanistan-Konferenz in London im Januar 2010 stünden Versöhnung und Integration im Zentrum der Afghanistan-Strategie. Ohne diese beiden Voraussetzungen werde es in dem Land nie Frieden geben. Die internationale Gemeinschaft habe erkannt, dass sie den Afghanen nicht das politische System in ihrem eigenen Land vorschreiben könne. Insofern sei es falsch, von einer Rückgabe der Verantwortung in afghanische Hände zu reden, denn Afghanistan habe niemals der internationalen Gemeinschaft oder der NATO unterstanden. Die Sicherheitssituation sei nach wie vor sehr angespannt, und es sei zu früh, zu beurteilen, ob die neue Strategie erfolgreich sei. Insbesondere habe die vernetzte Strategie der Herstellung von Sicherheit, afghanischer Regierungsführung und ziviler Entwicklung noch nicht zu greifbaren Ergebnissen geführt. Auch die Fokussierung auf die Entwicklung einzelner Regionen habe bisher nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Korruption sei nach wie vor ein großes Problem in Afghanistan, und die internationale Gemeinschaft trage durch ihre unkoordinierte Spendenpolitik dazu bei, dieses Problem zu verschärfen. Angesichts der Lage vor Ort und der schwindenden Unterstützung der Bevölkerungen für das Engagement in Afghanistan müsse die Zielsetzung der NATO dort neu bestimmt werden. Es müsse darum gehen, die Afghanen im Aufbau ihres eigenen Sicherheitssystems zu unterstützen, die Kontrolle über die umfangreichen Finanzhilfen der internationalen Gemeinschaft zu erlangen, und es ansonsten den Afghanen zu überlassen, mit den Taliban eine politische Lösung zu finden. Das Ergebnis werde zwiespältig, unsicher und unvollkommen sein, aber das müsse die NATO lernen zu akzeptieren.

In der nachfolgenden Debatte unterstützte der Abgeordnete **Vahid Erdem** (Türkei) die Position, dass Sicherheit und Stabilität in Afghanistan nur durch die Afghanen selbst aufrecht erhalten werden könnten. Er äußerte sich optimistisch im Hinblick auf den Aufbau der afghanischen Streitkräfte. Der Abgeordnete **Hugh Bailey** (Vereinigtes Königreich) meinte, der afghanische Präsident Hamid Karzai leide an einem Legitimationsdefizit und müsse Allianzen mit *War Lords* eingehen, um den Aufstand gegen seine Regierung bekämpfen zu können. Senator **Giovanni Torri** (Italien) forderte verstärkte finanzielle Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft, um die Probleme des Analphabetismus und des Drogenmissbrauchs in den afghanischen Streitkräften in den Griff zu bekommen. Zwar sei auch er der Auffassung, dass die Wahl des politischen und gesellschaftlichen Systems grundsätzlich Sache der Afghanen sei, eine Stärkung der Frauenrechte sei aber erforderlich, um gesellschaftliche und wirtschaftliche Fortschritte erreichen zu können. **Jack D. Segal** erwiderte, die Situation der Frauen werde sich verbessern, aber langsamer als die in-

ternationale Gemeinschaft dies wünsche. Ein Anfang sei es, wenn Mädchen auch in ländlichen Gegenden zur Schule gehen könnten, da dies zumindest einen langfristigen Wandel auslöse. Der Abgeordnete **Khalid A. Pashtoon** (Afghanistan) erklärte, seit Beginn des Einsatzes im Jahr 2001 würden der afghanischen Bevölkerung ein besseres Leben und mehr Sicherheit versprochen. Seitdem warteten die Menschen auf den Eintritt dieser Verbesserungen wie auf das gute Ende eines Films. Vor jeder neuen Militäroperation habe die NATO zugesichert, dass sich dadurch die Sicherheitslage verbessern werde, aber inzwischen hätten die Menschen das Vertrauen in die NATO verloren. Um die Rechte der Frauen in Afghanistan müsse man sich nicht zu große Sorgen machen, denn Frauenrechte seien dort nichts Unbekanntes. Dieses Thema werde auf die Tagesordnung kommen, wenn sich die Sicherheitslage verbessert habe.

V Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ zum Thema „Sicherheit am oberen Rand der Welt: Gibt es für die NATO eine Rolle in der Arktis?“, vorgelegt von der Berichterstatterin Ragnheidur E. Arnadottir (Island), vorgestellt vom Vorsitzenden des Unterausschusses, Senator Joseph A. Day (Kanada)

Senator **Joseph A. Day** (Kanada) stellte die Kernfrage des Berichts, ob die NATO eine Rolle in der arktischen Region übernehmen solle, in den Kontext der Diskussion um das neue Strategische Konzept der NATO. In den letzten Jahren habe sich die Situation in der Arktis dramatisch verändert, und durch neue und kürzere Seeverbindungen zwischen Asien, Europa und Nordamerika, leichteren Zugang zu Rohstoffvorkommen sowie einer Ausweitung von Fischerei und Tourismus in der Region seien neue Möglichkeiten entstanden. Bei deren Nutzung komme es darauf an, die Stabilität der Region zu erhalten und verantwortungsvoll und umweltfreundlich zu handeln. Bisher habe kein Anrainerstaat Interesse gezeigt, durch Verursachung politischer Spannungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten in der Region negativ zu beeinflussen. Die Anrainer arbeiteten im Arktisrat gut zusammen, und mit dem Seerechtsübereinkommen der VN gebe es auch ein rechtliches Regelwerk. Sicherheitsfragen seien aber nicht Gegenstand im Arktisrat und könnten daher zum Beispiel im NATO-Russland-Rat aufgegriffen werden. Darüber hinaus könne die NATO ein Forum für Dialog und Informationsaustausch bieten und die Entwicklungen in der Arktis aufmerksam verfolgen.

Der Abgeordnete **Johannes Koskinen** (Finnland) wies darauf hin, dass Schweden und Finnland nicht im Arktisrat vertreten seien. Zwar stünden in der Arktis derzeit die Umwelt- und Wirtschaftsfragen im Vordergrund, eine weitere positive Entwicklung setze aber auch ein sicheres Umfeld voraus. Der Abgeordnete **Sverre Myrli** (Norwegen) erklärte, Russland und Norwegen hätten am 27. April 2010 ihren jahrelangen Konflikt über den Grenzverlauf in der Barentssee und dem nördlichen Polarmeer beigelegt. Die Außenminister beider Länder hätten an diesem Tag eine entsprechende Erklärung unterzeichnet. Im Hinblick auf das 175 000 km² große fischreiche Gebiet mit erheblichen Öl- und Gasvorräten sei eine gleichwertige Aufteilung vereinbart worden. Details müssten noch geklärt werden. Der Abgeordnete **David Scott** (Vereinigte Staaten) kündigte an, dass sein Land das Seerechtübereinkommen der VN voraussichtlich bald ratifizieren werde. Der Abgeordnete **Victor Zavarzin** (Russische Föderation) warnte, ein Engagement der NATO als internationaler Akteur in der Arktis könne die bilateralen Beziehungen zwischen den Anrainerstaaten negativ beeinflussen. Dies müsse bedacht werden, denn die Arktis dürfe kein Ort der Militarisierung werden.

VI Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ zum Thema „Nichtstrategische Atomwaffen der USA in Europa: Eine NATO-Grundsatzdebatte“, vorgelegt von dem Berichterstatter Raymond Knops (Niederlande)

Der Berichterstatter bezog sich auf die vom amerikanischen Präsidenten Barack Obama geäußerte Vision einer atomwaffenfreien Welt. Die NATO müsse sich mit dieser Frage auseinandersetzen. Erst am 6. April 2010 hätten die Vereinigten Staaten erklärt, keine Atomwaffen gegen Staaten einsetzen zu wollen, die ihrerseits nicht über atomare Waffen verfügten. Am 8. April 2010 hätten die Vereinigten Staaten und Russland einen Neubeginn ihrer Abrüstungsgespräche unternommen. Fünf NATO-Mitgliedstaaten – die Niederlande, Deutschland, Norwegen, Belgien und Luxemburg – hätten sich mit dem Wunsch an die Vereinigten Staaten gewandt, über einen Abzug der Kernwaffen aus Europa nachzudenken. Die Antwort der Vereinigten Staaten sei gewesen, dass eine einseitige Abrüstungsentscheidung nicht getroffen werden könne. Es sei daher an der Zeit für die NATO und die Parlamentarische Versammlung, diese Frage aufzugreifen. Der Bericht stelle die Argumente, die für und gegen einen Verbleib von Nuklearwaffen in Europa sprächen, zusammen. In jedem Fall müssten die möglichen Folgen des Handelns genau bedacht werden. Es sei allerdings zu berücksichtigen, dass Atomwaffen bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus keine Rolle spielten.

Der Abgeordnete **Giorgio La Malfa** (Italien) vertrat die Auffassung, eine Reduzierung der Kernwaffen in Europa werde die weltweiten Abrüstungsbemühungen unterstützen. Der Abgeordnete **David Scott** (Vereinigte Staaten) meinte, der Verbleib der Waffen in Europa sei eine NATO-Angelegenheit, auf die die Verbündeten eine gemeinsame Antwort finden müssten. Seiner Meinung nach werde die NATO auch eine Nuklearallianz bleiben, solange es Atomwaffen in der Welt gebe. Das Ziel müsse es sein, die Bedeutung und die Anzahl dieser Waffen zu reduzieren. In diese Entwicklung müssten insbesondere auch die Bündnispartner aus Mittel- und Osteuropa einbezogen werden. Der Abgeordnete **Sir John Stanley** (Ver-

einigtes Königreich) äußerte Verständnis für die fünf Mitgliedstaaten, die ihre Kritik gegen den Verbleib der Waffen auf ihren Territorien geäußert hätten. Kern der Angelegenheit sei aber, ein Abrüstungsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland über nukleare Kurzstreckenwaffen zu erreichen. Die Vereinigten Staaten würden sicher nichts unternehmen, um ihre Verhandlungsposition in dieser Frage zu schwächen. Der Abgeordnete **Francesco Bosi** (Italien) meinte, da das Ziel einer atomwaffenfreien Welt nur langfristig erreicht werden könne, komme es darauf an, alles zu vermeiden, was dieses Ziel gefährden könne. Der Berichterstatter fragte, wie ein solcher Weg unter Einbindung der Vereinigten Staaten, Russlands, Europas und der NATO gefunden werden könne. Nach seiner Wahrnehmung bestehe Einvernehmen darüber, dass für Atomwaffen kein militärischer, sondern höchstens ein politischer Nutzen bestehe. Der Abgeordnete **Teodor-Viorel Melescanu** (Rumänien) widersprach dem und sah nach wie vor eine militärische Rolle für atomare Waffen in Europa. Die Abrüstungsüberlegungen fußten auf Prognosen im Hinblick auf das künftige Sicherheitsumfeld, der atomare Status quo beziehe sich aber auf die tatsächliche derzeitige Sicherheitslage. Der Abgeordnete **Victor Zavarzin** (Russische Föderation) forderte, alle Abrüstungsmaßnahmen müssten im globalen Kontext gesehen werden und auf Gegenseitigkeit beruhen. Der Abgeordnete **Roberto Gualtieri** (Europäisches Parlament) begrüßte den vorgelegten Bericht, meinte aber, die vorgetragenen Argumente seien lediglich politische, nicht strategische. Der Abzug von Atomwaffen nur aus einzelnen europäischen Staaten könne zu schwierigen politischen Debatten führen.

VII Personalien

Aufgrund des Ausscheidens von Generalberichterstatter **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) aus der NATO PV nominierte der Ausschussvorsitzende den Abgeordneten **Sven Mikser** (Estland) zum Generalberichterstatter *ad interim* bis zur Jahrestagung 2010 in Warschau. Er nominierte außerdem den Abgeordneten **Marek Opiola** (Polen) zum Mitglied *ad interim* im Interparlamentarischen Ukraine-NATO-Rat.

Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 29. Mai 2010, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich).

I Überblick über die Themen

Zentrales Thema der Sitzung war die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf die wirtschafts- und sicherheitspolitische Lage.

II Vortrag von Ilmārs Rimšēvičs, Gouverneur der Staatsbank Lettlands, zum Thema „Die wirtschaftlichen Bedingungen in Lettland“

Ilmārs Rimšēvičs informierte über die wirtschaftliche Entwicklung Lettlands seit dem Beitritt zur EU und zur NATO. In den Jahren 2004 bis 2007 habe das Wachstum bei zehn Prozent gelegen und es habe hohe Kapitalzuflüsse aus dem Ausland gegeben. Dieses Wachstum sei aber aufgrund der geringen Investitionen nicht nachhaltig gewesen. Der Großteil des Kapitals sei in private Kredite, Importe und den Konsum geflossen, die Löhne seien schneller gestiegen als die Produktivität. Die Inflation habe bereits 2005 begonnen; 2008 habe sie bei 15,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr gelegen. Die Regierung habe seit 2007 begonnen, einen harten Spar- und Reformkurs zur Haushaltskonsolidierung einzuleiten. Dazu gehörten auch umfangreiche Lohnkürzungen und Entlassungen im öffentlichen Dienst. Die Arbeitslosenrate sei bis Ende 2009 auf 22,8 Prozent gestiegen (Verdreifachung gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit werde die Produktivitätslücke allmählich geschlossen. Man habe sich für die „interne“ Abwertung der Währung entschieden, ohne deren Stabilität zu verlieren. Die Beibehaltung des festen Wechselkurses zum Euro sei für Investoren aufgrund des geringen Risikos von Verlusten wichtig. Die Wirtschaft zeige jetzt gute Anzeichen der Stabilisierung. Die lettische Regierung habe das Ziel, das Haushaltsdefizit bis 2012 auf unter drei Prozent zu reduzieren und die Staatsverschuldung innerhalb der Maastricht-Kriterien zu halten. Der Beitritt zum Euro-Raum werde weiterhin für das Jahr 2014 angestrebt.

In der Diskussion wurde nach dem Beitrag des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Krisenlösung gefragt. Ilmārs Rimšēvičs sagte, der Ansatz des IWF habe sich in den letzten 20 Jahren erheblich verändert. Man habe erkannt, dass es keine passende Einheitslösung für alle Länder und Situationen gebe. Daher verzichte man auf zu starre Vorgaben und beschränke sich auf Hinweise zu den Vorschlägen der Regierung. Auf eine Frage nach dem Beitritt zum Euro-Raum erklärte Ilmārs Rimšēvičs, die nationale Währung sei an den Euro gebunden. Für eine kleine und offene Wirtschaft wie die Lettlands sei der Beitritt auch für die Geldwertstabilität entscheidend. Der Abgeordnete **John Sewel** (Vereinigtes Königreich) fragte nach den Reaktionen der Öffentlichkeit. **Ilmārs Rimšēvičs** sprach von anfänglichen Unruhen. Inzwischen sehe aber auch die Bevölkerung die Notwendigkeit der Maßnahmen ein.

III Vortrag von Dr. Spyros Economides, *Senior Lecturer* im Bereich internationale Beziehungen und europäische Politik, *London School of Economics*, zum Thema „Die Finanzkrise in Griechenland: Auswirkungen für die europäische und globale Wirtschaft“

Aus seiner Sicht, erklärte **Dr. Spyros Economides,** sei ein politisches Problem ursächlich für die Krise in Griechenland. Sie sei in erster Linie Ausdruck eines jahrzehntelangen schlechten Staatsmanagements. Die Griechen hätten keinen Bezug zu ihrem Staat als zentraler Autorität und dessen Politik, allein persönliche Beziehungen seien wichtig und Alltagskorruption sowie Steuerhinterziehungen selbstverständlich. Das griechische Haushaltsdefizit

habe 2009 bei fast 14 Prozent gelegen. Die Regierung habe in den ersten Monaten des Jahres 2010 ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, welches Ausgabenkürzungen, Anhebung verschiedener Steuern sowie Einschnitte bei den Staatsbediensteten vorsehe. Weitere Strukturreformen im Bereich der Sozialversicherung und des staatlichen Gesundheitssystem seien in Vorbereitung. Aber auch die EU sei mit verantwortlich für die Krise, da es bisher keinen zentralen Mechanismus zur Regulierung oder Überprüfung der nationalen Haushalte gegeben habe. Die Zeit sei nun gekommen, die Eurozone mit einem effektiven Krisenmanagement und einem besseren Rahmenwerk zur Vermeidung sich selbst erfüllender Finanzkrisen auszustatten. Die Zuspitzung der Schuldenkrise habe verdeutlicht, dass die Eurozone einen internen Stabilisierungsmechanismus brauche. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt habe sich als „zahnloser Tiger“ erwiesen. Dr. Spyros Economides erklärte, die Diskussionen im Rahmen der Rettungspakete hätten die nationalen Interessen innerhalb der EU verdeutlicht, die Eurozone sei deshalb ein politisch sensibles System. Auch Deutschland sei nicht aus altruistischen Motiven, sondern aus eigenen staatlichen Interessen eingestiegen.

In der Diskussion ging es um die nachhaltige Stabilität der Eurozone und die Frage, inwieweit der Ausschluss eines Landes aus der Währungsunion eine Lösung sein könne. Der Abgeordnete **Joachim Spatz** (Deutschland) nahm aus deutscher Sicht Stellung zu den Entwicklungen, auch mit Hinweis auf die Gründe für die Einführung des Euro. Er warb für eine ernsthafte Diskussion. Die Lösung des Problems müsse „innerhalb der Familie“ erfolgen; daher könne auch der Ausschluss eines Landes keine Lösung sein. Er wies auf den Wettbewerb mit anderen starken Wirtschaften (Indien, China, Vereinigte Staaten) hin. Abschließend plädierte er für die Stärkung aller Akteure im Rahmen der EU und die Wiederbelebung des Stabilitätspakts mit neuen Regeln.

IV Beratung des Berichtentwurfs des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ über „Die Folgen der Finanzkrise für Mittel- und Osteuropa“, vorgelegt von dem Berichterstatter Attila Mesterhazy (Ungarn), vorgestellt vom Vorsitzenden des Unterausschusses, Petras Austrevicius (Litauen)

Den abwesenden Berichterstatter Attila Mesterhazy vertrat der Vorsitzende des Unterausschusses, Abgeordneter **Petras Austrevicius** (Litauen). Er erklärte, die Finanz- und Wirtschaftskrise habe Mittel- und Osteuropa weitaus härter als viele andere Entwicklungs- und Schwellenländer getroffen. Ab 2000 hätten viele Länder der Region ein substanzielles Wachstum erfahren, da für sie Handels- und Finanzhemmnisse weggefallen seien. Mit der Aussicht auf den EU-Beitritt habe es begleitende Strukturreformen gegeben. Die Region sei aber in hohem Maße von externen Märkten und ausländischem Kapital abhängig. Die hohen Verluste während der jetzigen Krise hätten Bedenken hinsichtlich der wirtschaftlichen Tragfähigkeit der Region aufkommen lassen. Es komme entscheidend auf die Haushalts- und Wirtschaftsdisziplin an, damit zukünftig wieder Wachstumsraten zu verzeichnen seien. Die steuerpolitische Konsolidierung sei nach wie vor das dringendste politische Ziel der Staaten. Der Abgeordnete Petras Austrevizius hielt aufgrund der Krise die Verteidigungshaushalte in allen Ländern der EU derzeit für gefährdet. Hier könnten Einsparmöglichkeiten durch eine verbesserte europäische Verteidigungsintegration und die Zusammenarbeit im Rüstungsbereich erreicht werden. Abschließend appellierte er an die Abgeordneten, sich angesichts der zunehmenden Tendenzen von Protektionismus weiterhin uneingeschränkt für den freien Handel einzusetzen.

V Beratung des Berichtentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ über „Globale Rezession, Armut und Unsicherheit in den Entwicklungsländern“, vorgelegt von dem Berichterstatter Jeppe Kofod (Dänemark)

Der Berichterstatter, Abgeordneter **Jeppe Kofod** (Dänemark), erklärte eingangs, die gegenwärtige Krise habe sich negativ auf das Leben von Milliarden von Menschen ausgewirkt und in vielen Ländern die jüngsten Entwicklungsfortschritte rückgängig gemacht. Einige Entwicklungsländer seien besonders hart betroffen, weil die Finanz- und Wirtschaftskrise unmittelbar im Anschluss an die Krise bei den Nahrungsmittelpreisen eingetreten sei. Diese Entwicklungen könnten verheerende langfristige, soziale, wirtschaftliche und politische Auswirkungen haben, wenn nicht gezielt gegengesteuert werde. In ganz extremen Fällen seien auch schwerwiegende Konsequenzen für die Sicherheit zu befürchten. Das sei einer der Hauptgründe, weshalb die internationale Gemeinschaft ihre langfristigen Verpflichtungen aufrechterhalten und den Entwicklungsländern helfen müsse, die Voraussetzungen für eine echte und nachhaltige Entwicklung zu schaffen. Beeindruckend sei aber auch, dass es in einigen Schwellenländern durch eine bessere Regierungsführung, Regulierung und Transparenz gelungen sei, sich gegen die Erschütterungen von außen zu rüsten und rasch zu einer Stabilität zurückzukehren. Der Berichterstatter sprach sich dafür aus, die Entwicklungshilfe und -politik besser zu koordinieren. Ebenso warb er für die Wiederbelebung der Doha-Runde und offene Handelssysteme; deren positive Auswirkungen seien weitaus größer als die der Entwicklungshilfe selbst. In der Diskussion wurden die Aktivitäten Chinas in Afrika thematisiert. Der Berichterstatter regte eine stärkere multilaterale Zusammenarbeit mit China an, um sicherzustellen, dass die chinesischen Investitionen mit den Entwicklungszielen der internationalen Gemeinschaft übereinstimmten. Er sagte zu, Chinas Rolle in der Region werde in der Endfassung des Berichts stärker berücksichtigt werden.

VI Beratung des Generalberichtsentwurfs „Der langfristige wirtschaftliche Wandel und die Verlagerung des globalen Gleichgewichts der Mächte“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Abgeordneter Simon van Driel (Niederlande)

Langsam aber stetig verlagere sich das wirtschaftliche Machtverhältnis von West nach Ost, begann Generalberichterstatter Abgeordneter **Simon van Driel** (Niederlande). Er sah darin sowohl Chancen als auch Herausforderungen und wies auf die Verbindung zwischen wirtschaftlicher und strategischer Macht hin. Deshalb wäre es fatal, die neu aufkommenden Mächte wie China, Indien oder Brasilien zu ignorieren, auch im Hinblick auf die globale Sicherheitslage. Indien und Brasilien verfügten über demokratische Strukturen und Systeme mit langfristig vielversprechenden Perspektiven. Sie könnten viele der politischen und wirtschaftlichen Werte des Westens vertiefen und verstärken. Er wies darauf hin, dass in China Marktreformen auch ohne Demokratie möglich gewesen seien. Dort habe auch eine Bewegung hin zu mehr persönlicher Freiheit und Autonomie eingesetzt, wenngleich die politischen Freiheiten nach wie vor sehr eingeschränkt seien. Es werde erforderlich sein, die aufkommenden neuen Großmächte so weit wie möglich einzubinden und in die Pflicht zu nehmen. Je stärker diese Länder in die globale Ordnung eingewoben werden könnten, desto mehr Druck und Anreize würden sie verspüren, um die Normen und Standards bei sich einzuführen.

In der Diskussion war die internationale Währungsordnung ein Thema. Generalberichterstatter Simon van Driel meinte, sie werde sich im Lichte des neuen Gleichgewichts der wirtschaftlichen Macht und bei wachsender Instabilität der bestehenden Ordnung deutlich verändern müssen. Auch wurden Bedenken geäußert, China könne in einigen Ländern Afrikas Einfluss ausüben auf die Humanentwicklung und den Demokratisierungsprozess. Abschließend erklärte Simon van Driel, es sei entscheidend, wie sich die NATO-Mitgliedstaaten national aber auch gemeinsam den Herausforderungen im sozialen Bereich, bei der demografischen Entwicklung ebenso wie in den Bereichen Wirtschaft und Politik stellten.

VII Personalien

Der Vorsitzende des Ausschusses, Abgeordneter **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich), erklärte, im Interparlamentarischen Ukraine-NATO-Rat seien zwei Plätze des Ausschusses vakant. Die Abgeordneten **Petras Austrevizius** (Litauen) und **Krešimir Ćosić** (Kroatien) wurden dafür einstimmig gewählt.

Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Die Sitzung des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit fand am Sonntag, 30. Mai 2010, statt und wurde aufgrund der Abwesenheit der Vorsitzenden, Abgeordnete Jo Ann Emerson (USA), von dem Abgeordneten **Vitalino Canas** (Portugal) geleitet.

I Überblick über die Themen

Die Ausschussmitglieder befassten sich in ihren Beratungen mit der humanitären Dimension der Sicherheit, der politischen Lage in Zentralasien, der Rolle der NATO und der EU bei der Herstellung einer maritimen Sicherheit, den Herausforderungen für die Regierungsführung in Afghanistan sowie der politischen Lage auf dem Westbalkan 15 Jahre nach dem Abkommen von Dayton. Die Ausschussmitglieder nahmen die Kommentare des Generalsekretärs der NATO zu den politischen Empfehlungen, die von der Parlamentarischen Versammlung der NATO im Jahr 2009 angenommen worden waren, ohne Aussprache zur Kenntnis.

II Vortrag von Zaneta Ozolina, Professorin an der Fakultät für Politikwissenschaft der Universität Litauen, zum Thema „Neue Dimensionen der humanitären Sicherheit“

Professorin **Zaneta Ozolina** leitete ihren Vortrag damit ein, dass es bei Sicherheit immer um Menschen gehe. Sie müssten im Mittelpunkt des Interesses von Politik und Wissenschaft stehen. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) habe bereits 1994 in einem Konzeptpapier menschliche Sicherheit als ein Leben frei von Furcht und Mangel definiert. Dieses Konzept sei auch auf die sozioökonomische Sicherheit, auf Gesundheitsgefährdungen, Ernährungs- und Umweltsicherheit, also auf die menschlichen Aspekte von Sicherheit eingegangen. Es handele sich insofern um einen multisektoralen Ansatz, der unterschiedliche Bedrohungslagen und Akteure vereinige, und der daher mehr als nur den Schutz der Betroffenen vor Gewalt umfasse. Diese menschliche Dimension der Sicherheit werde bisher in den Bedrohungsszenarien und in der Folge von Konflikten nur ungenügend berücksichtigt, trotz des von den VN vorgegebenen Rahmens. Die NATO werde daher nicht umhin kommen, diese zusätzliche Komponente in ihr Strategisches Konzept einzuarbeiten und bei ihren Einsätzen zu berücksichtigen. Das Völkerrecht, ein allgemeiner Zugang zu Bildung, die Schaffung gerechter Lebensbedingungen, gezielte Entwicklungszusammenarbeit und die Zusammenführung von militärischer und individueller Sicherheit könnten dazu beitragen, dass die Menschen letztlich selbst Sicherheit generieren könnten. Diesen Prozess sowohl lokal als auch global zu unterstützen, sei die Aufgabe der Politik.

Abgeordnete **Ana Maria Gomes** (Europäisches Parlament) erklärte, dass das Europäische Parlament das Konzept der menschlichen Dimension der Sicherheit in seine Überlegungen bereits einbeziehe. Insbesondere nach einer kriegerischen Auseinandersetzungen werde dieses Konzept immer wichtiger. Ein Beispiel, welche Folgen eine Vernachlässigung dieser Dimension haben könne, zeige die Situation in Somalia. Abgeordneter **Juozas Olekas** (Litauen) hob hervor, dass durch kriegerische Auseinandersetzungen Vertriebene in besonderer Weise

der Hilfe und Zuwendung bedürften. Hier gebe es erheblichen Handlungsbedarf. Abgeordneter **Hendrik Jan Ormel** (Niederlande) verwies darauf, dass es eine lokale und eine globale Dimension des Themas gebe. So führten beispielsweise der Klimawandel und die Schmelze des arktischen Eises zu einem Ansteigen des Meeresspiegels. In lokaler Verantwortung liege der Bau höherer Deiche. Die Verminderung des Ausstoßes klimaschädlicher Gase könne dagegen nur global angegangen werden. Abgeordneter **Roberto Gualtieri** (Europäisches Parlament) sprach sich gegen eine Privatisierung von Sicherheit aus. Sicherheit sei und bleibe eine Aufgabe staatlicher Institutionen. Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) wies auf die besondere Rolle von Frauen hin, die in kriegerischen und sonstigen Konflikten einerseits besonderen Gefahren ausgesetzt, anderseits aber beim Wiederaufbau eines Landes und der Zivilgesellschaft wichtige Partnerinnen seien. Sie plädierte für eine vollständige Umsetzung der Entschließung 1325 des VN-Sicherheitsrates, die vorsehe, die Rechte von Frauen zu schützen, und die Frauen gleichberechtigt in Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und Wiederaufbauprogramme mit einzubeziehen. Abgeordneter **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich) sprach sich für eine verstärkte Zusammenarbeit im Kampf gegen das organisierte Verbrechen aus, das die individuelle Sicherheit und die Menschenrechte massiv bedrohe. Er wies darauf hin, dass Minderheiten in diesem Zusammenhang oftmals massiv in ihren individuellen Rechten beschnitten würden.

III Vortrag von Alain Délétroz, Vize-Präsident (Europa) der *International Crisis Group (ICG)*, zum Thema „Zentralasien: Quelle der Instabilität und Nachbarregion Afghanistans“

Alain Délétroz sah die Länder Zentralasiens (Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan und Kirgisistan) vor großen sicherheitspolitischen und -technischen Herausforderungen, besonders aufgrund der geografischen Nähe zu Afghanistan. Zudem sei die machtpolitische Situation in Tadschikistan und Usbekistan prekär, und in Turkmenistan fänden fundamentalistische Taliban offen Unterstützung. Geprägt seien die politischen Regime durch eine Clanstruktur. Die Clans betrachteten den Staat als Einnahmequelle, aus der sie sich ungeniert bedienen dürften. Zwar garantierten die entstandenen autokratischen Strukturen ein gewisses Maß an Stabilität; diese werde allerdings durch den religiösen Fundamentalismus zunehmend in Frage gestellt. Insbesondere die Taliban diffundierten in alle Länder der Region hinein und kontrollierten weitgehend den Drogenschmuggel. Insbesondere die Schwierigkeiten und Probleme bei der Bekämpfung des Drogenschmuggels durch diese Länder wiesen nicht nur auf fehlende politische, sondern auch auf fehlende konzeptionelle Überlegungen und technische Ressourcen, zum Beispiel bei der Grenzsicherung, hin. Die sicherheitspolitische und strategische Bedeutung der Länder Zentralasiens sei unbestritten. Eine Stabilisierung Afghanistans könne ohne Kooperation mit den Staaten Zentralasiens nicht gelingen. Die jüngsten Ereignisse in Kirgisistan im April 2010 zeigten aber auch, wie fragil die noch jungen Staaten seien, und wie wichtig Unterstützung von außen in dieser Situation sei. Da Konflikte immer möglich seien, müssten die Vereinigten Staaten, China und die Russische Föderation ihre gemeinsame Verantwortung für die Region in Zusammenarbeit mit den Ländern Zentralasiens mehr als bisher wahrnehmen. Zudem werde die Region auch wegen der großen Erdöl- und Erdgasreserven für die Energiesicherheit der EU immer wichtiger.

In der sich anschließenden Diskussion wollte Abgeordneter **Jose Luis Arnaut** (Portugal) wissen, wie die Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen den unterschiedlichen Akteuren in der Region gefördert werden könne. Das Beispiel Afghanistan zeige, wie schwierig es sei, den richtigen Partner zu finden, um einen demokratischen Dialog zu führen, und wie teuer es sein könne, militärische Präsenz herzustellen. Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg) thematisierte die Rolle und den Einfluss des Iran in der Region. Eine italienische Abgeordnete ergänzte, dass davon auszugehen sei, dass der Iran fundamentalistische Gruppierungen finanziere. Allerdings sei zu überlegen, wie der Iran bei der Bekämpfung des Drogenhandels eingebunden werden könne, da die Drogenproblematik auch dort eine große Rolle spiele. Abgeordneter **Vitalino Canas** (Portugal) sprach sich dafür aus, dass auch Russland, das für die zentralasiatischen Republiken der größte Handelspartner sei, seiner Verantwortung stärker nachkommen müsse. Abgeordneter **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich) wies auf die Notwendigkeit eines politisch stabilen Kasachstan hin. Dies sei auch für die Energiesicherheit Europas wesentlich. Abgeordneter **Alexander Savenkow** (Russische Föderation) betonte, dass Russland große Anstrengungen im Kampf gegen den Drogenhandel und für eine Förderung der Zusammenarbeit in der Region unternehme. Erfolge könnten sich nur einstellen, wenn die Länder der Region einbezogen würden. **Alain Délétroz** bemerkte abschließend, dass jedes Land differenziert betrachtet werden müsse, was den Dialog, wenn man die jeweiligen Machtstrukturen und die Korruption nicht stützen wolle, schwierig mache. Der Drogenhandel sei bereits ein Teil der Wirtschaftsstruktur in diesen Ländern und Einkommensquelle für arme Bauern, was eine Bekämpfung zusätzlich erschwere, da alternative Anbaumöglichkeiten kaum angeboten werden könnten. Russland, mit seinen kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen in der Region, komme bei deren Stabilisierung und Entwicklung eine entscheidende Rolle zu. Unverständlich sei daher, dass das Land so wenig Interesse an einem Ausbau der Beziehungen zu den Ländern Zentralasiens zeige und seinen immer noch vorhandenen Einfluss preisgebe.

IV Beratung des Generalberichtsentwurfs „Maritime Sicherheit: Die Rolle von NATO und EU“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Lord Jopling (Vereinigtes Königreich)

Der Generalberichterstatter, **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich), stellte fest, dass 90 Prozent der global ge-

handelten Güter sowie die Hälfte der Öltransporte per Schiff transportiert würden. Offenhaltung und Schutz der Seewege seien daher für den Handel auf der Welt von vitalem Interesse. Angriffe auf Kriegsschiffe, Handelsschiffe und internationale Hilfstransporte, insbesondere vor der Küste Somalias, machten die Dringlichkeit deutlich, dieser Art von Verbrechen wirksam zu begegnen. Viele der gegenwärtig ausgeübten Verbrechen im maritimen Bereich – Terrorismus, Transport von Massenvernichtungswaffen, Menschen- und Drogenhandel – hätten einen globalen Charakter und verlangten einen internationalen und gemeinschaftlichen Lösungsansatz. Die Gewährleistung und die Aufrechterhaltung von maritimer Sicherheit seien sowohl für die NATO als auch für die EU eine neue Herausforderung. Beide Organisationen hätten bereits eine Reihe von Maßnahmen gegen diese Gefahren entwickelt. Trotzdem stelle sich heute die Notwendigkeit einer Überprüfung dieser Beiträge im internationalen Rahmen. Zudem gehe es um die Entwicklung eines zukunftsfähigen Sicherheitskonzeptes. Der vorliegende Bericht untersuche diesen Prozess sowohl für die NATO als auch für die EU und zeige auf, welche Anforderungen dies sowohl an die gegenseitigen Beziehungen der beiden Organisationen als auch an die Beziehungen zu anderen Akteuren stelle. Das erste Kapitel des Berichts gebe einen Überblick über die gegenwärtigen maritimen Gefahren und die damit verbundenen Herausforderungen für das euroatlantische Verhältnis. Das zweite Kapitel analysiere, welche Handlungsstrategien die NATO und die EU derzeit einsetzten und welche zukünftigen Schritte sie unternehmen könnten. Im letzten Kapitel würden die Möglichkeiten der Zusammenarbeit und der Koordination im gemeinsamen Bemühen um die maritime Sicherheit diskutiert.

Abgeordneter **Ilkka Kanerva** (Finnland) unterstrich die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Piraterie. Er sprach sich des Weiteren für eine stärkere Wahrnehmung und Würdigung des Beitrags der Russischen Föderation bei der Aufrechterhaltung der maritimen Sicherheit aus. Russische Schiffe müssten in den Daten- und Informationsaustausch der internationalen Akteure einbezogen werden. Abgeordneter **Charles Tannock** (Europäisches Parlament) bedauerte, dass das internationale Strafrecht Lücken aufweise und weder Somalia noch andere Länder am Horn von Afrika über die notwendigen Ressourcen verfügten, eine strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung von Piraten zu gewährleisten. Er sprach sich dafür aus, dass die EU hier Hilfestellung leisten solle. Senatorin **Jane Cordy** (Kanada) wies darauf hin, dass mit der durch den Klimawandel bedingten Öffnung der arktischen Nordwest-Passage eine neue Schifffahrtsroute entstehe, die bei Fragen der maritimen Sicherheit und auch des Umweltschutzes einbezogen werden müsse. NATO und EU müssten ihre Zusammenarbeit auch in diesem Bereich verstärken. Abgeordneter **Hendrik Jan Ormel** (Niederlande) stellte dem die Frage entgegen, ob die NATO für die Sicherheit auf der ganzen Welt verantwortlich sei. Er könne sich durchaus vorstellen, dass es in der arktischen Region aufgrund von Umweltproblemen zu Spannungen kommen könne. Abgeordneter **Peter Bottomley** (Vereinigtes Königreich) wies auf die Gefahr hin, dass Seeschifffahrtswege durch Terroristen mit Minen blockiert werden könnten. Der Einsatz von Minenräumbooten müsse daher durchaus in Betracht gezogen werden. Abgeordneter **John Dyrby Paulson** (Dänemark) sprach sich dafür aus, die notwendigen Ressourcen für sichere Seeschifffahrtswege bereit zu stellen und mehr für den Seegrenzschutz zu tun. Abgeordnete **Edine Sözen** (Türkei) wies darauf hin, dass Streitigkeiten um Seegrenzen problematisch sein könnten, insbesondere wenn diese Grenzen nicht klar gezogen seien. Sie sehe hier Handlungsbedarf der internationalen Gemeinschaft. Abgeordneter **Alexander Savenkov** (Russische Föderation) erklärte, dass sich die Russische Föderation der Probleme im Zusammenhang mit der maritimen Sicherheit bewusst sei. Daher habe man auch die Entschließung der VN zur Bekämpfung der Piraterie befürwortet. Die Russische Föderation sei im Übrigen Mitglied der Somalia-Kontaktgruppe und komme daher ihrer Verantwortung nach.

V Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Herausforderungen für die Regierungsführung in Afghanistan“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Abgeordneter Vitalino Canas (Portugal)

Der Sonderberichterstatter, Abgeordneter **Vitalino Canas** (Portugal), vertrat die Auffassung, dass 2010 für die Zukunft Afghanistans sowohl in poltischer als auch in militärischer Hinsicht ein entscheidendes Jahr werden könne. Hinweise dafür seien die Einberufung der *Loya Jirga,* die sich mit den Themen Versöhnung und Wiedereingliederung befassen werde, verstärkte militärische Aktivitäten in den südlichen Provinzen des Landes, die Übergabe der Verantwortung für die Sicherheit des Landes an die afghanische Regierung sowie die Parlamentswahlen im September 2010. Noch im Januar hätten auf der internationalen Afghanistan-Konferenz in London sowohl die afghanische als auch die internationale Seite versichert, dass sie die jeweils eingegangenen Verpflichtungen einhalten würden. Ein zentrales Element hierbei sei die Festigung und Konsolidierung der Regierungsmacht auf lokaler und zentraler Ebene. Die Präsidentschaftswahlen hätten die Schwächen der Zentralregierung deutlich gezeigt, und auf lokaler Ebene verzögere sich der Aufbau nachhaltiger Verwaltungsstrukturen. Das langsame Vorankommen bei der Reform der Justiz verhindere ebenso die Etablierung eines Rechtsstaates wie auch die um sich greifende Korruption und der illegale Drogenhandel. Der Ansatz der internationalen Gemeinschaft beim Aufbau zentraler Institutionen habe lange Zeit unter einem Mangel an strategischer Perspektive sowie an fehlenden Ressourcen und ungenügender Koordinierung gelitten. Einige dieser Mängel seien in der Zwischenzeit beseitigt, und es gebe eine vernünftige Strategie. Der vorliegende Bericht gebe eine Übersicht über die zentralen Herausforderungen, denen sich Afghanistan ausgesetzt sehe, und beschreibe die Maßnahmen, die getroffen worden seien, um ihnen zu begegnen.

Abgeordneter **Juozas Olekas** (Litauen) erläuterte, dass er eine Stärkung lokaler Autoritäten für vordringlich halte, wenn es zu einer Verbesserung der Verwaltungsstrukturen kommen solle. Dies müsse auch der Zentralregierung in Kabul deutlich gemacht werden. Abgeordneter **Khalid A. Pashtoon** (Afghanistan) berichtete, dass die Menschen in Afghanistan von der bisherigen Regierung und der Verwaltung enttäuscht seien. Die Besetzung der Positionen in den Verwaltungen sei nicht transparent vonstatten gegangen, und viele Verwaltungsleiter und -beamte seien korrupt. Diese Situation verschärfe die Probleme im Land. Den Menschen müsse eine Perspektive aufgezeigt werden, was ohne eine gute lokale Regierungsführung nur schwer möglich sei. Es sei daher enorm wichtig, dass die Parlamentswahlen so weit wie möglich fair und offen sowie frei von Fälschungen abliefen. Abgeordneter **João Rebelo** (Portugal) sah derzeit keine Lösung für die drängenden Probleme in Afghanistan. Selbst die mit vielen Hoffnungen durchgeführte Präsidentschaftswahl sei mit massiven Fälschungen zu Ende gegangen. Abgeordneter **Mati Raidma** (Estland) stellte fest, dass der Rückzug der NATO-Truppen nicht zu einem Sicherheitsvakuum führen dürfe. Nur wenn die afghanischen Sicherheitskräfte in der Lage seien, die bisherigen NATO-Aufgaben zu übernehmen, könne der Abzug durchgeführt werden. Den regionalen Wiederaufbauteams käme in dieser Situation eine unterstützende Rolle zu. Ein kroatischer Abgeordneter berichtete, dass aus seiner Erfahrung die Hälfte der vorhandenen Probleme auf eine nicht funktionierende Verwaltung zurückzuführen sei. Dieser Mangel könne über Schulung und Ausbildung des Personals abgestellt werden. Nur so sei der Übergang zu meistern.

VI Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“ über „Der Westbalkan, 15 Jahre nach dem Abkommen von Dayton: Erfolge und Perspektiven“, vorgelegt von dem Berichterstatter Marc Angel (Luxemburg)

Der Berichterstatter, Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg), stellte fest, dass 15 Jahre nach dem Abkommen von Dayton, das den Konflikt über das frühere Jugoslawien beendet habe, weitreichende Veränderungen auf dem Balkan stattgefunden hätten. Das Engagement der internationalen Gemeinschaft habe zu einer weitgehenden Stabilisierung der Region beigetragen. Zudem hätten die Erfahrungen der Konflikte in NATO, VN und EU zu einer Neubewertung der Rollenverteilung und der Krisenmanagementfähigkeiten geführt. Heute komme es darauf an, die begonnene Aufgabe zu Ende zu führen und Normalität herzustellen. Diese sei aber erst dann vorhanden, wenn alle noch anwesenden zivilen und militärischen Helfer abgezogen seien und die Region vollständig in die euroatlantischen Institutionen integriert sei. Umsetzbar sei diese ambitionierte Vision nur, wenn die regionalen Regierungen und die internationale Gemeinschaft dies gemeinsam wollten und die verbleibenden Herausforderungen – insbesondere der Konflikt zwischen Serbien und Kosovo und die Situation in Bosnien und Herzegowina – angegangen würden. Der Bericht versuche, den in 15 Jahren erreichten Wiederaufbau zu bewerten. Das erste Kapitel behandle den Übergang der Region in eine Zone gemeinsamer Sicherheit und gemeinsamen Wohlstands. Das zweite Kapitel beschreibe die Erfahrungen und Erkenntnisse die aus der Intervention auf dem Westbalkan gezogen werden könnten. Das letzte Kapitel untersuche einige der verbleibenden Hindernisse auf dem Weg zu einer vollkommenen Normalisierung der Region.

Abgeordneter **Charles Tannock** (Europäisches Parlament) wies in seinem Redebeitrag auf die Minderheitenproblematik in Mazedonien und Montenegro hin. Abgeordneter **Konstatin Samofalov** (Serbien) begrüßte, dass die Rolle Serbiens im Bericht fair und angemessen dargestellt worden sei. Serbien sei zwar neutral, engagiere sich aber in der Partnerschaft für den Frieden. Abgeordnete **Zeljka Antunovic** (Kroatien) betonte, dass der heute erreichte Fortschritt in den Staaten des Westbalkans nicht mehr umkehrbar, aber das „politische Minenfeld“ auch noch nicht vollständig entschärft sei. Beunruhigend sei, dass in Bosnien und Herzegowina die kroatische Minderheit diskriminiert werde und an Einfluss verliere. Das politische Klima im Lande habe sich weiter verschlechtert, was auch an der unangemessenen Rhetorik einiger nationaler Politiker liege. Sie plädiere für eine Verfassungsreform, die alle Bevölkerungsteile gleich berechtige. Im Gegensatz dazu betonte Abgeordnete **Edine Sözen** (Türkei), dass Bosnien und Herzegowina trotz aller Schwierigkeiten wichtige Schritte in Richtung einer euroatlantischen Integration getan habe.

Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am Samstag, 29. Mai 2010, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich).

I Überblick über die Themen

Im Zentrum der Beratungen des Ausschusses standen die Themen Energie- und Umweltsicherheit, Stärkung des Nichtverbreitungsvertrages, Klimapolitik nach Kopenhagen und eine neue Partnerschaft mit Russland bei der Raketenabwehr und den Massenvernichtungswaffen.

II Vortrag der ehemaligen lettischen Staatspräsidentin und stellvertretenden Vorsitzenden der Reflektionsgruppe über die Zukunft der Europäischen Union, Professorin Vaira Vike-Freiberga, zum Thema „Neuauflage der Beziehungen des Westens zu Russland und Energiesicherheit aus der Perspektive der baltischen Staaten“

Die ehemalige lettische Staatspräsidentin Professorin **Vaira Vike-Freiberga** begann ihre Ausführungen mit dem Hinweis darauf, dass es unter den Verbündeten ganz unterschiedliche Energiebedarfe gebe: einige Länder verfügten über ausreichende eigenen Ressourcen, andere wiederum seien von einem einzigen Energielieferanten

abhängig. Auf jeden Fall sei zu vermeiden, dass die gemeinsamen Werte und Ziele der NATO dabei aus dem Blickfeld gerieten. Signale aus Moskau ließen darauf schließen, dass Russland energietechnisch abhängige Nachbarländer beeinflussen wolle. Um dem entgegenzutreten, solle die NATO im Rahmen einer gemeinsamen Energiepolitik der EU agieren, die vorrangig eine Verknüpfung der verschiedenen Strom- und Gasnetze zum Ziel haben müsse.

In der anschließenden Diskussion stellte Abgeordneter **Ivar Kristiansen** (Norwegen) zunächst fest, dass der Energiehunger rasant wachsen werde, und plädierte dafür, mit Russland über den Aufbau intelligenter Energienetze zu verhandeln. Professorin **Vaira Vike-Freiberga** begrüßte die Schaffung neuer Netze, die bislang am Kleinklein einzelner Staaten gescheitert seien. Abgeordneter **Andrius Mazuronis** (Litauen) kritisierte zunächst den Verkauf von Militärmaterial an Russland und erkundigte sich anschließend nach der Energiesicherheit im Bündnis. Professorin **Vaira Vike-Freiberga** bestätigte, dass Russland nach wie vor die *divide and conquer*-Strategie verfolge – jüngstes Beispiel sei die Beschaffung französischer Kriegsschiffe, die nun in der Ostsee kreuzten. Zur Energiesicherheit empfahl die Vortragende, weitestgehend die Energieversorgung zu diversifizieren und in langen Zeiträumen zu planen.

III Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit“ über „Eine nachhaltige Energiestrategie für das Bündnis“, vorgelegt von dem Berichterstatter Philippe Vitel (Frankreich)

Eingangs verwies der Berichterstatter, Abgeordneter **Philippe Vitel** (Frankreich), auf die sehr unterschiedliche Energiegewinnung bei den einzelnen Verbündeten: einige Länder setzten auf erneuerbare, andere auf fossile und dritte wiederum auf atomar erzeugte Energie, so dass es bislang keine gemeinsame europäische Energiepolitik gebe. Er warnte davor, dass es für den wachsenden Energiehunger nur wenige Zulieferer gebe, von denen einige die Energieversorgung als Druckmittel nutzten. Zu lange hätten die Verbündeten auf fossile Brennstoffe gesetzt – mit all den negativen Folgen für die Umwelt. Energieeinsparungen, Diversifizierung und Zwischenlösungen auf dem Weg zu erneuerbaren Energien bezeichnete der Berichterstatter als unverzichtbar, wobei er auch ausdrücklich die Atomenergie befürwortete. Zuletzt plädierte er für eine führende Rolle der NATO bei der Energie- und Umweltsicherheit und schlug die Einrichtung eines Exzellenzzentrums für Energiesicherheit vor, das bei Bedarf den Schutz der energiekritischen Infrastruktur gewährleisten und bei Umweltkatastrophen die Rettungsarbeiten unterstützen könne.

Abgeordneter **Rafael Roman** (Spanien) erläuterte, dass Spanien Betreibern von Solaranlagen Prämien bezahle, weil die erneuerbaren Energien bislang noch teurer als Atomstrom seien. Zum Großprojekt *DESERTEC* gab er zu bedenken, dass es ein Ziel für terroristische Attacken werden könne und mit geeigneten Sicherheitsmaßnahmen ausgestattet sein müsse. Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) bemerkte zu der Ölgewinnung aus Ölsand in der kanadischen Provinz Alberta, dass diese Energiegewinnung in Kanada umstritten sei, er sie aufgrund der jüngsten Verbesserung bei der Förderung jedoch befürworte. Abgeordneter **Bato-Zhargal Zhambalnimbujew** (Russland) betonte, dass Russland sich jüngst mit dem Übereinkommen zur Energiesicherheit als fairer und zuverlässiger Partner gezeigt habe; auch sei ein bilaterales Abkommen mit der Ukraine besiegelt worden. Schließlich bezeichnete er das Projekt *Northstream* als einen Beitrag zur allseits geforderten Energiediversifizierung. Auf die Frage der Abgeordneten **Ana Maria Gomes** (Europäisches Parlament), wie die zukünftige Energieversorgung aussehe, entgegnete der Berichterstatter, er hoffe auf ein „Energie-Klima-Paket“ der EU mit der NATO. In Frankreich sei gerade „Grenelle II“ – eine an Preis- und Konjunkturschwankungen anpassbare Strategie – verabschiedet worden.

IV Vortrag von Michael Rühle, Leiter des Referates für Politische Planung und Reden in der Abteilung Politische Planung der NATO, zum Thema „Stärkung des weltweiten nuklearen Nichtverbreitungsregimes“

Eingangs forderte **Michael Rühle** die Delegierten auf, das Problem nuklearer Abrüstung und Nichtverbreitung mit einem politisch-praktischen Ansatz anzugehen. Die Vision einer nuklearwaffenfreien Welt sei vom Rand ins Zentrum des politischen Interesses gerückt. Ausdrücklich begrüßte der Redner, dass jüngst erst ein Dokument von der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages (NWV) verabschiedet worden sei, in dem die grundsätzliche Verhandlungsführung auf Augenhöhe zwischen Kernwaffen- und Nichtkernwaffenstaaten unterstrichen worden sei. Als Vertragswerk aus den sechziger Jahren benötige der NWV Aktualisierungen, wie zum Beispiel intrusivere Inspektionen und Ergänzungen, wie einen Vertrag zum Verbot der Produktion von Spaltmaterial für Nuklearwaffen oder die Internationalisierung von Urananreicherung. Aufgrund des technischen Fortschritts seien Komponenten im Handel, die es Nichtkernwaffenstaaten ermöglichten, auf dem „Nuklearmarkt“ einzukaufen. Ferner werde die Zahl der Staaten wachsen, welche die Kernkraft zwar nur ausschließlich zivil nutzen wollten, dadurch jedoch potenziell in der Lage seien, kurzfristig auf militärische Nutzung umzuschalten. Danach skizzierte Rühle die Elemente einer zukünftigen Nichtverbreitungsarchitektur und bezeichnete den NWV trotz all seiner Mängel als Grundlage dafür. Viele Proliferatoren würden auch zukünftig nicht vom Vertrag erfasst, und es obliege dem Sicherheitsrat der VN, unter anderem mithilfe von Sanktionen, den Proliferatoren Einhalt zu gebieten. Die NATO bewertete er als ein Bündnis, das auf nuklearer Abschreckung fuße. Auch wenn die aktuelle NWV-Diskussion eventuell zu Differenzen unter den Verbündeten mit Nuklearpotenzial und Alliierten ohne Atomwaffen führen könne, warnte er vor einer moralisch und politisch aufgeheizten Debatte zwischen diesen beiden Ländergruppen.

Abgeordneter **Philippe Vitel** (Frankreich) wollte wissen, ob Israel wohl an der Konferenz zu einer nuklearwaffenfreien Zone im Nahen Osten teilnehmen werde, was **Michael Rühle** in Anbetracht der sehr komplexen Situation in der Region für unwahrscheinlich hielt.

V Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Klimawandel: Herausforderungen nach Kopenhagen“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Pierre Claude Nolin (Kanada)

Eingangs unterstrich der Sonderberichterstatter, Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada), die Enttäuschung darüber, dass nach dem Regierungswechsel in den Vereinigten Staaten die UVN-Klimaschutzkonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen nur so magere Ergebnisse erbracht habe und die Kluft zwischen Industrie- und Schwellenländern fortbestehe. Diese Skepsis beeinträchtige die gegenwärtige Diskussion in der internationalen Staatengemeinschaft über die Frage, wodurch das 2012 auslaufende Kyoto-Klimaschutzabkommen ersetzt werden solle. Klimastudien belegten, dass die CO_2-Konzentration in den letzten zweihundert Jahren um ein Drittel angestiegen sei. Werde diese Entwicklung nicht gestoppt, könne sich die Durchschnittstemperatur bis zum Jahrhundertwechsel um sechs Grad erhöhen. In der Klimadiplomatie habe sich als Folge von Kopenhagen ein Wandel weg von internationalen Klimazielen hin zu Festlegungen einzelner Länder vollzogen. Er beklagte das Dilemma, in dem sich die internationale Gemeinschaft nun befinde. Ob ein ambitioniertes Klimaschutzabkommen verabschiedet werde, wagte er zu bezweifeln, andererseits könnten die einzelstaatlichen Maßnahmen nicht ausreichen, um klimatisch bedingte Konsequenzen abzuwenden.

In der Diskussion plädierte Abgeordneter **Claude Adam** (Luxemburg) dafür, sich von den fossilen Brennstoffen zu verabschieden und massiv in erneuerbare Energien zu investieren; das gebe nicht nur Forschung und Entwicklung einen kräftigen Schub, sondern sei auch die geeignete Antwort auf den sich abzeichnenden Preisauftrieb für Rohöl. Abgeordneter **Ivar Kristiansen** (Norwegen) fragte, ob es in den einzelnen Ländern ausreichend Einrichtungen gebe, um grüne Projekte zu finanzieren. Senator **Pierre Claude Nolin** pflichtete dem ersten Fragesteller bei und bemerkte zu der zweiten Frage, dass es genug Stellen gebe, allerdings mangele es an dem erforderlichen politischen Impetus.

VI Beratung des Generalberichtsentwurfes über „Verbreitung von Kernwaffen/WMD und Raketenabwehr: Die Anbahnung einer neuen Partnerschaft mit Russland“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter David Scott (Vereinigte Staaten)

Bei der nuklearen Abrüstung und Nichtweiterverbreitung verfügten Ost und West über eine sehr solide gemeinsame Grundlage, auf der man auch umstrittenere Themen verhandeln könne. Der Generalberichterstatter, Abgeordneter **David Scott** (Vereinigte Staaten), betrachtete das Ziel einer atomwaffenfreien Welt zwar als lohnenswert, jedoch so rasch nicht erreichbar. Zudem seien zwei Voraussetzung zu erfüllen: das Nichtweiterverbreitungsregime müsse ausreichend robust sein, so dass keine weiteren Staaten oder nichtstaatliche Akteure in den Besitz von Nuklearwaffen gerieten. Zweitens benötige das Bündnis ein zuverlässiges Raketenabwehrsystem, um gegebenenfalls vertragswidrigem Verhalten etwas entgegensetzen zu können. Der Generalberichterstatter verwies auf das kürzlich zwischen den Vereinigten Staaten und Russland vereinbarte Abkommen zur Verringerung strategischer Waffen (*Strategic Arms Reduction Talks, START)* und auf weitere Maßnahmen seines Landes – Bekanntmachung der genauen Zahl von US-Nuklearwaffen –, beides im Sinne einer atomwaffenfreien Welt. Bei der nuklearen Nichtweiterverbreitung sah der Generalberichterstatter Gemeinsamkeiten zwischen Russland und den Vereinigten Staaten. So legten beide Länder Wert auf die bindende Verpflichtung bezüglich des NWV-Zusatzprotokolls, so dass sich kein Land aus dem Vertrag zurückziehen könne. Ferner müssten die Vereinigten Staaten und Russland auf den Iran einwirken, sei es im Dialog, sei es als *ultima ratio* per Sanktionen. Daneben gebe es Bemühungen, weitere Nichtweiterverbreitungsinitiativen voranzutreiben, wie zum Beispiel die *Proliferation Security Initiative* und die *Global Initiative to Combat Nuclear Terrorrism*, nicht zu vergessen auch hinsichtlich der biologischen und chemischen Stoffe. Zur Raketenabwehr bat der Generalberichterstatter seine russischen Kollegen, ihre ablehnende Haltung zu überdenken, denn von einem in Europa aufgestellten Abwehrsystem würden beide Seiten profitieren. Zudem sei der von US-Präsident Barack Obama modifizierte Vorschlag akzeptabler, weil das System näher am Nahen Osten stationiert werden solle. All diese Schritte seien ein guter Weg, um die Beziehungen zwischen dem Bündnis und Russland auf eine neue Basis zu stellen.

Als erster fragte Abgeordneter **Philippe Vitel** (Frankreich), der sich zunächst positiv zu dem „geöffneten Fenster“ äußerte, ob nicht auch China in die Überlegungen einbezogen werden müsse. Abgeordneter **David Scott** (Vereinigte Staaten) bejahte die Frage seines französischen Kollegen und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass Russland als unmittelbarer Nachbar Chinas positive Akzente setzen könne. Abgeordneter **Bato-Zhargal Zhambalnimbujew** (Russland) würdigte den Bericht als gute Diskussionsgrundlage. Ihm sei jedoch daran gelegen, auch die Weltraumwaffen mit in die Überlegungen einzubeziehen, was Generalberichterstatter **David Scott** als bedenkenswert bewertete. Abgeordneter **Paulius Saudargas** (Litauen) erkundigte sich, ob der Generalberichterstatter auch die Sicherheit zur Kernenergieerzeugung bei seinem Bericht im Blick gehabt habe, und ob längerfristig eine NATO-Mitgliedschaft Russlands vorstellbar sei. Zunächst, so Abgeordneter **David Scott,** sei es wichtig, dass zwischen Russland und der NATO immer mehr Einvernehmen hergestellt werde. Was die Berücksichtigung zivil genutzter Kernenergie anbelange, werde diese Frage in einem weiteren Bericht untersucht. Abge-

ordneter **Viktor Voitenko** (Russische Föderation) verwies auf die Zusammenarbeit mit dem Iran bei der Energiegewinnung: so baue Russland in Bushir einen Leichtwasserreaktor, der nicht waffenfähig sei. Darüber hinaus habe sich der Iran vertraglich verpflichtet, Brennstäbe zur Entsorgung zurück nach Russland zu liefern.

VII Zukünftige Aktivitäten

Für das Jahr 2010 plant der Wissenschaftsausschuss Besuche in New York zur Konferenz über den Atomwaffensperrvertrag, in die Ukraine nach Tschernobyl und nach Frankreich, um sich dort über Airbus, das Forschungsprojekt ITER (*International Thermonuclear Experimental Reactor*) und Eurocopter zu informieren.

Ständiger Parlamentarischer NATO-Russland-Ausschuss (NRPC)

Der Ständige Parlamentarische NATO-Russland-Ausschuss tagte am Montag, 31. Mai 2010, unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, Abgeordneter **John Tanner** (Vereinigte Staaten).

I Überblick über die Themen

Auf der Tagesordnung standen Vorträge und Diskussionen zum Thema der russischen nationalen Sicherheitsstrategie und Militärdoktrin.

II Vortrag von Professor Alexej Puschkow, Direktor des Instituts für vergleichende internationale Studien an der Diplomatischen Akademie des russischen Außenministeriums und Moderator, Autor und Produzent der Fernsehsendung „Postscriptum“ zum Thema „Russlands nationale Sicherheitsstrategie und Militärdoktrin“

Professor **Alexej Puschkow** machte zwei Entwicklungen aus, die die globalen politischen Rahmenbedingungen merklich veränderten: Die Vereinigten Staaten seien nicht mehr länger das einzige Machtzentrum der Welt, und die Abhängigkeit der Staaten voneinander nehme zu, wie man an der jüngsten globalen Finanz- und Wirtschaftkrise erkennen könne. Dies erfordere die Zusammenarbeit zwischen den einflussreichen Staaten der Welt und das Überwinden der Geister der Vergangenheit. Die neue russische Militärdoktrin enthalte insofern Elemente alten und neuen Denkens. Insbesondere tue sich Russland nach wie vor schwer mit der Ostausdehnung der NATO. Dies sei um so mehr der Fall, als das Bündnis nicht mehr lediglich eine Verteidigungsgemeinschaft sei, sondern ihren Einfluss über die Grenzen des Bündnisgebietes hinaus erstrecke. Die Erklärung des NATO-Gipfels von Bukarest aus dem Jahre 2008, derzufolge die Ukraine als künftiges Beitrittsland betrachtet werde, habe Russland deshalb besonders betroffen gemacht. Außerdem lehne die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung einen NATO-Beitritt ab. In vielen Bereichen arbeiteten die NATO und Russland sehr erfolgreich zusammen, sei es im militärischen Bereich, in der Terrorismusbekämpfung, in der Bekämpfung der Piraterie, in der Eindämmung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen oder bei der Stabilisierung und dem Wiederaufbau von Afghanistan. Das Konzept einer globalen NATO sei für Russland jedoch nicht leicht zu akzeptieren. Auch habe die NATO die russischen Vorschläge einer europäischen Sicherheitsarchitektur nicht hinreichend gewürdigt. Es sei glaubhaft, wenn der NATO-Generalsekretär zum Ausdruck bringe, die NATO werde Russland niemals angreifen. Dasselbe gelte umgekehrt für Russlands Intention gegenüber der NATO. Die Problematik ginge aber über das Szenario eines unmittelbaren militärischen Angriffs hinaus, denn militärische Stärke führe auch zu politischer Überlegenheit. In diesem Zusammenhang wehre sich Russland auch gegen die Stationierung eines Raketenabwehrschirms in Osteuropa, der das Gleichgewicht zwischen Russland und der NATO weiter zugunsten der NATO verschieben werde. In der künftigen Zusammenarbeit solle jedoch den Meinungsverschiedenheiten weniger Raum zugestanden werden. Stattdessen sollten beide Seiten über eine europäische Sicherheitsarchitektur nachdenken, die Russland einbeziehe. Eine radikalere Möglichkeit sei eine Vollmitgliedschaft Russlands in der NATO. Auch wenn die Realisierung dieser Idee unwahrscheinlich sei, könne die Diskussion an sich zu positiven Ergebnissen führen.

III Kommentar von Alexander Vershbow, Abteilungsleiter für internationale Sicherheitsfragen im Pentagon, früherer Botschafter der Vereinigten Staaten in der Russischen Föderation und bei der NATO

Botschafter **Alexander Vershbow** erklärte, er sei in den meisten Fragen anderer Auffassung als Professor Alexej Puschkow. Er stimme mit diesem jedoch in der Auffassung überein, dass es notwendig sei, dass die NATO und Russland in möglichst vielen Bereichen miteinander kooperierten. Beide teilten gemeinsame Interessen und stünden denselben Herausforderungen gegenüber. Die Zusammenarbeit müsse zunehmend bei grundlegenden Fragestellungen und auf hoher Ebene erfolgen. Der NATO-Russland-Rat habe sich hier noch nicht ausreichend bewährt. Es gebe in der NATO noch Irritationen im Hinblick auf die neue russische Militärdoktrin, die die NATO-Erweiterung als eine Bedrohung Russlands analysiere. Bei der NATO-Erweiterung handele es sich jedoch nicht um eine Rekrutierungsstrategie, sondern um eine „Politik der offenen Tür“, und diese werde auch im neuen Strategischen Konzept der NATO weiter verfolgt werden. Die NATO respektiere insofern die selbstbestimmten Entscheidungen der Ukraine und Georgiens, die Mitgliedschaft anzustreben oder nicht. Besorgnis gebe es auch hinsichtlich des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa, den Russland noch nicht ratifiziert habe. Es sei wichtig, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu nutzen, um die Vorschläge des russischen Präsidenten Dimitri Medwedew zur Konfliktvorbeugung zu diskutieren. Die NATO werde sich in ihrem neuen Strategischen Konzept nicht als allei-

niger weltweiter Akteur präsentieren, denn bereits die NATO-Expertengruppe habe die Bedeutung der NATO-Partner einschließlich Russlands deutlich gemacht.

In der Debatte pflichtete der Abgeordnete **Hendrik Jan Ormel** (Niederlande) der Auffassung bei, dass die Geister der Vergangenheit überwunden werden müssten. Dies werde allerdings dadurch erschwert, dass Russland widersprüchliche Signale sende. Der Abgeordnete **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) brachte seine Bedenken im Hinblick auf die Einschätzung zum Ausdruck, dass die NATO eine militärische Allianz und ihre „Politik der offenen Tür“ eine Bedrohung für Russland sei. Er erkundigte sich, ob Professor Alexej Puschkow der Auffassung zustimmen könne, dass die NATO eine politische Allianz mit militärischen Fähigkeiten sei, und dass potenzielle Beitrittskandidaten das Recht hätten, ihre eigenen selbstbestimmten Entscheidungen zu treffen. Kein Drittstaat habe im Hinblick auf die Beitrittspolitik der NATO ein Vetorecht. Der Abgeordnete **Sven Mikser** (Estland) unterstrich, die NATO rekrutiere nicht etwa neue Mitglieder, sondern Estland habe vielmehr große Anstrengungen unternehmen müssen, um die Beitrittsvoraussetzungen zu erfüllen. Professor **Alexej Puschkow** betonte, die militärische Ausprägung der NATO sei sehr dominant und spiele deshalb auch in der russischen Wahrnehmung eine große Rolle. Zwar stehe souveränen Staaten das Recht zu, selbst über den Beitritt zum Bündnis zu entscheiden, Russland habe dann aber auch das Recht, darauf zu reagieren. Russland verlange kein Vetorecht, erwarte aber, dass seine Bedenken gehört würden. Der Abgeordnete **Sever Voinescu-Cotoi** (Rumänien) vertrat die Auffassung, die neue russische Militärdoktrin basiere auf altem Denken. Russland sehe die NATO als militärische Allianz an, ohne die demokratischen Werte des Bündnisses zu würdigen. Der Abgeordnete **Kresimir Kosic** (Kroatien) sah eine Reihe von Bereichen, in denen eine Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland möglich sei. Zu nennen sei dabei insbesondere der Einsatz in Afghanistan. Auch der Abgeordnete **Jesús Cuadrado** (Spanien) erkundigte sich nach dem Potenzial für eine Zusammenarbeit in Afghanistan sowie bei der Bekämpfung der Piraterie. Professor **Alexej Puschkow** pflichtete ihm darin bei, dass die Bekämpfung der Piraterie ein exzellentes Feld für Zusammenarbeit sei und sogar die Beziehungen zwischen der NATO und Russland verändern könne. Russland sei dankbar für die Anstrengungen, die die NATO in Afghanistan unternehme, denn diese richteten sich auf die Stabilisierung einer für Russland sehr bedeutenden Region. Angesichts der verheerenden Erfahrung, die Russland bereits in Afghanistan gemacht habe, könne jedoch kein militärischer Beitrag erwartet werden. Man werde die NATO aber auf andere Weise unterstützen. Der Abgeordnete **David Scott** (Vereinigte Staaten) hielt die russische Haltung zum iranischen Atomprogramm für einen entscheidenden Punkt. Russland habe Irans Atompolitik seit 14 Jahren unterstützt, und es sei unklar, welche Position Russland jetzt einnehme. Professor **Alexej Puschkow** erwiderte, Russland habe kein Interesse an einem nuklearbewaffneten Iran. Dies sei ein ernsthaftes Problem und Russland werde eine diplomatische Lösung unterstützen, sei jedoch gegen Militäraktionen.

Plenarsitzung

Am Dienstag, 1. Juni 2010, fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, Abgeordneter **John Tanner** (Vereinigte Staaten), die Plenarsitzung statt.

I Ansprache des Präsidenten der NATO PV, John Tanner

Der Präsident der Versammlung, Abgeordnete **John Tanner** (Vereinigte Staaten), lobte den wichtigen Beitrag, den das Gastland Lettland, ebenso wie die anderen baltischen Staaten, in der NATO leiste, insbesondere beim Einsatz in Afghanistan. Eine Kernaufgabe der NATO sei derzeit die Erarbeitung eines neuen Strategischen Konzepts. Die Expertengruppe unter dem Vorsitz von Madeleine Albright habe dem NATO-Generalsekretär vor zwei Wochen ihren Abschlussbericht übergeben. Bereits Anfang April 2010 habe die Versammlung der NATO ihren Beitrag zum neuen Strategischen Konzept zugeleitet. Dafür danke er allen Mitgliedern der Versammlung, insbesondere aber dem Sonderberichterstatter, Abgeordneter Sven Mikser (Litauen). Beide Ausarbeitungen belegten, dass über entscheidende Fragen in der Allianz weitgehend Einvernehmen herrsche. So gehe es im neuen Strategischen Konzept insbesondere darum, an der Bündnispflicht gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages festzuhalten, die Allianz auf neue Herausforderungen vorzubereiten und die NATO-Partnerschaften zu vertiefen. Ein Aspekt, der auch im Papier der Versammlung eine besondere Rolle spiele, betreffe die Verschlankung der Entscheidungsstrukturen im Bündnis. Dies berühre sowohl die zivile als auch die militärische Seite der NATO. Die Strukturen im NATO-Hauptquartier müssten effizienter gestaltet und die Entscheidungsträger in den Einsätzen müssten in die Lage versetzt werden, schnell auf Lageänderungen vor Ort reagieren zu können. Dies habe insbesondere die ISAF-Mission in Afghanistan gezeigt.

Auf der zivilen Ebene sei derzeit eine Vielzahl von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen in Afghanistan tätig, die nicht immer Hand in Hand arbeiteten. Eine größere Effizienz bei der Bereitstellung der Hilfen sei sowohl den Menschen in Afghanistan als auch den Steuerzahlern in den Geberstaaten geschuldet. Nicht zuletzt die andauernde globale Finanz- und Wirtschaftskrise mache ein Umdenken in diese Richtung erforderlich. Schlanke und effiziente Strukturen würden auch in den Mitgliedstaaten der NATO die öffentliche Akzeptanz für das Bündnis erhöhen. Die Entwicklung, die das Gastland Lettland in den vergangenen 20 Jahren genommen habe, zeige, was durch eine gemeinsame Anstrengung der Bevölkerung, aber auch durch die Bereitschaft von Organisationen wie der NATO, ihre Tür für alle europäischen Staaten, die die Voraussetzungen erfüllten, offen zu halten, erreicht werden könne.

II Ansprache des Präsidenten des lettischen Parlaments, Gundars Daudze

Präsident **Gundars Daudze** erinnerte daran, dass in Lettland derzeit der 20. Jahrestag der staatlichen Unabhängigkeit gefeiert werde. Die jüngste Geschichte des Landes verdeutliche, warum die Sicherheitspolitik in Lettland im Zentrum der Aufmerksamkeit stehe. Das lettische Volk habe auch in Zeiten des Totalitarismus und der kommunistischen Diktatur den Wunsch nach Freiheit, Unabhängigkeit, Menschenrechten und einer Rückkehr in die europäische Staatengemeinschaft nicht aufgegeben. So habe Lettland gleich nach dem Erreichen der Unabhängigkeit am 4. Mai 1990 die strategischen Ziele einer Mitgliedschaft in der NATO und in der EU klar definiert. Die Umsetzung der notwendigen Reformen in relativ kurzer Zeit habe einer breiten Unterstützung durch die Öffentlichkeit und der Mobilisierung aller verfügbaren Ressourcen bedurft. In diesem Jahr könne Lettland bereits auf eine sechsjährige Mitgliedschaft in der NATO zurückblicken. Das Bündnis garantiere Lettland Sicherheit, und im Gegenzug übernehme Lettland Verantwortung und engagiere sich im Rahmen der Missionen der NATO. Angesichts eines sich verändernden Sicherheitsumfeldes und neuer Herausforderungen müsse die wichtige Rolle der Versammlung hervorgehoben werden. Die parlamentarische Dimension der Allianz stärke nicht nur das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder, sondern gewährleiste auch parlamentarische Kontrolle auf dem Feld der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Parlamentarische Versammlung habe sich zu einer Plattform für die Suche nach Lösungen für aktuelle Probleme der NATO entwickelt. So stehe diese Plenarsitzung im Zeichen zweier Schwerpunktthemen des Bündnisses: der Entwicklung der Lage in Afghanistan, zu der der afghanische Verteidigungsminister Auskunft geben werde, und der Debatte mit dem NATO-Generalsekretär über die Inhalte des neuen Strategischen Konzepts der Allianz. Es sei essenziell für die NATO, auf ihrem Gipfel in Lissabon Ende 2010 ein Konzept zu verabschieden, das die Einheit des Bündnisses stärke, ihren transatlantischen Bezug betone und zusätzlich zum Kernelement des Artikel 5 des Nordatlantikvertrages neue Lösungen und Kooperationsmodelle anbiete.

III Ansprache des lettischen Premierministers Valdis Dombrovskis (Lettland)

Präsident **Valdis Dombrovskis** betonte, die Mitgliedschaft in der NATO habe nicht nur Lettlands staatliche Unabhängigkeit geschützt, sondern auch die Interessen des Bündnisses gewahrt und sei ein entscheidender Schritt hin zur Stärkung von Sicherheit und Stabilität in Europa gewesen. Obwohl Letten in NATO-Einsätzen ihr Leben verloren hätten, werde die Mitgliedschaft in der Allianz noch immer von der Hälfte bis zu zwei Dritteln der Bevölkerung unterstützt. Die auf gemeinsamen Werten basierende transatlantische Verbindung mache Stärke und Vitalität des Bündnisses aus und ermögliche die Auseinandersetzung mit Sicherheitsherausforderungen auch jenseits der Grenzen der NATO-Mitgliedstaaten. Außerdem habe die Allianz bereits ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, dynamisch auf Veränderungen des Sicherheitsumfeldes zu reagieren und neue Lösungsansätze zu entwickeln. Die Kooperation mit allen Ländern der euroatlantischen Region und darüber hinaus, die sich in den letzten 20 Jahren entwickelt habe, belege die politische Dynamik der Allianz. Das anhaltende Interesse europäischer Staaten an einer Mitgliedschaft in der NATO und der große Kreis nichteuropäischer Staaten, die eine enge Kooperation wünschten, seien Beweis für die internationale Bedeutung des Bündnisses. Nicht nur die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozesse seien globaler geworden, sondern auch die Gefahren für die Sicherheit. Dies werde nicht nur in der Terrorbekämpfung in Afghanistan deutlich, sondern auch bei den Bemühungen, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern, bei der Bekämpfung der Piraterie und beim Umgang mit den Folgen des Klimawandels. Kein Land sei so groß, dass es diese Probleme allein lösen könne, und kein Land sei so klein, dass es sich den Herausforderungen nicht stellen müsse. Insofern dürfe auch die andauernde Finanz- und Wirtschaftskrise die Mitgliedstaaten nicht von einem langfristigen Engagement für die NATO abhalten. Lettland habe den tiefsten Punkt der Krise bereits durchschritten. Einschneidende Ausgabenkürzungen und Reformen in vielen Bereichen hätten für viele Menschen im Land zu schmerzhaften Veränderungen geführt. Heute könne man jedoch mit einiger Zuversicht sagen, dass Lettland sein Profil in Wirtschaftsbereichen, in denen es konkurrenzfähig sei, geschärft habe, und dass die Handelsbilanz des Landes in kurzer Zeit erheblich verbessert worden sei. Während der Krise habe auch Lettland die Verteidigungsausgaben stark reduzieren müssen, dies habe jedoch das lettische Engagement für die ISAF-Mission in Afghanistan nicht beeinträchtigt. Zur Lösung der Probleme in Afghanistan sei die Kooperation in der gesamten Region notwendig. Auch die baltischen Staaten hätten gelernt, dass viele Probleme durch regionale Zusammenarbeit gelöst werden könnten. Nie zuvor habe Afghanistan so viel internationale Aufmerksamkeit genossen wie jetzt. Nie zuvor sei der Zeitpunkt für einen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Wandel größer gewesen. Zu hoffen sei, dass im Verlaufe dieses Jahres eine Reihe von Provinzen in afghanische Selbstverwaltung übergeben werden könnten. Auf dem NATO-Gipfel in Lissabon Ende 2010 hätten die Mitgliedstaaten dann nicht nur über die Fortschritte in Afghanistan, sondern auch über das neue Strategische Konzept der Allianz zu entscheiden. Lettland sei sehr zufrieden mit dem bisherigen Diskussionsstand und mit den Ergebnissen der Expertengruppe. Der eingeschlagene Weg werde den Zusammenhalt der 28 NATO-Mitgliedstaaten stärken, und durch die Zusammenarbeit mit Partnerstaaten könne dem Ausbruch neuer Krisen vorgebeugt werden.

Der Abgeordnete **Hugh Bailey** (Vereinigtes Königreich) fragte, wie die lettische Öffentlichkeit darauf reagiere, dass trotz einschneidender finanzieller Kürzungen das Engagement in Afghanistan unverändert aufrecht erhalten werde. Der Abgeordnete **Julio Miranda Calha** (Portugal) erkundigte sich nach der Art der Öffentlichkeitsarbeit in Lettland im Hinblick auf den Afghanistan-

einsatz. Premierminister **Valdis Dombrovskis** erklärte, auf der Grundlage von Haushaltsbeschlüssen müssten für die Jahre 2009 und 2010 jeweils zehn Prozent des Bruttoinlandprodukts eingespart werden. Dies führe zu Kürzungen in allen Bereichen, auch im Verteidigungsetat. Erforderlich seien eine klare Prioritätensetzung und Strukturreformen unter Aufrechterhaltung der Kernfunktionen. Das Engagement in Afghanistan sei eine Priorität der Verteidigungspolitik. Die Menschen verstünden, dass Lettland seine Verpflichtungen gegenüber der NATO erfüllen müsse, wenn es andererseits Solidarität vom Bündnis erwarte. Außerdem sei trotz der gravierenden Einsparungen ein soziales Netz aufrechterhalten worden, das den sozialen Frieden erhalte. Auf die Frage des Abgeordneten **Petrus Austrevicius** (Litauen) nach der Sicherheit der Energieversorgung im Baltikum erklärte Premierminister **Valdis Dombrovskis,** die Stilllegung des lettischen Atomkraftwerks habe die Abhängigkeit des Landes von Energieimporten erhöht. Trotz einer engen Zusammenarbeit mit Estland und Litauen sei keine ausreichende Energieversorgung gewährleistet. Lettland arbeite daher jetzt an einem neuen Kernkraftwerksprojekt.

IV Ansprache des afghanischen Verteidigungsministers Abdul Rahim Wardak

Minister **Abdul Rahim Wardak** erinnerte daran, dass der Terrorismus die menschliche Zivilisation gefährde und keine geografischen Grenzen kenne. Er könne daher auch nur durch eine gemeinsame Anstrengung der Staatengemeinschaft bekämpft werden. Für die seinem Land geleistete Hilfe und Unterstützung drückte er den tiefen Dank der afghanischen Regierung und der afghanischen Bevölkerung aus. Die internationale Gemeinschaft bringe durch den Einsatz des Lebens der Soldatinnen und Soldaten das größte Opfer, das sich die Afghanen vorstellen könnten. In den Medien werde oft die Frage gestellt, warum in den nun achteinhalb Jahren seit dem Sturz der Taliban noch nicht mehr erreicht worden sei. Zunächst sei die Aufgabe des Wiederaufbaus staatlicher Strukturen und der Infrastruktur unterschätzt worden. Außerdem sei nicht die notwendige Anzahl von Streitkräften zur Verfügung gestellt worden. Das ursprüngliche Ziel, die afghanische Nationalarmee mit 70 000 Streitkräften aufzubauen, sei viel zu niedrig gewesen. Als die Angriffe der Taliban im Jahr 2006 zugenommen hätten, habe daher nicht effektiv reagiert werden können. Die sich verschlechternde Sicherheitslage habe zu Frustration in der afghanischen Bevölkerung geführt, die sich gerne auf die Seite der afghanischen Regierung und der internationalen Staatengemeinschaft gestellt hätte, dies aber ohne ausreichenden Schutz nicht habe riskieren können. Zudem hätten die gegen die Taliban gerichteten militärischen Maßnahmen Teile der Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen. Schließlich sei der Entwicklungsprozess durch Korruption, Nepotismus und Rechtsunsicherheit in Afghanistan erschwert worden. Auch sei die wirtschaftliche Aufbauhilfe zunächst nicht ausreichend mit der afghanischen Regierung koordiniert worden und habe afghanische Institutionen geschwächt. Inzwischen sei eine erfolgversprechende Strategie eingeschlagen worden. Es gehe um einen umfassenden zivilmilitärischen Ansatz, der von der afghanischen Regierung voll unterstützt werde. Im Zentrum dieses Ansatzes stehe der Schutz der afghanischen Bevölkerung. Das Ziel sei nicht die Eliminierung der Taliban, sondern die Stärkung der Autorität der afghanischen Regierung und die nachhaltige Schaffung von Frieden und Sicherheit. Wie der afghanische Präsident Hamid Karzai in seiner Antrittsrede geäußert habe, gehörten gute Regierungsführung und die Bekämpfung der Korruption zu den Prioritäten der derzeitigen Regierung. In letzter Zeit seien durch die Stärkung regionaler Verwaltungsstrukturen gute Erfolge erzielt worden. Präsident Hamid Karzai habe dem *High Office of Oversight and Anti-Corruption*, das federführend für die Korruptionsbekämpfung zuständig sei, unbeschränkte Vollmacht für Ermittlungen gegen Regierungsmitglieder erteilt. Ein Hauptschwerpunkt liege auf Aufbau und Ausbildung der afghanischen Polizeikräfte. Die Zielvorstellung sei, das afghanische Staatsgebiet eigenständig verwalten und verteidigen zu können und die Rolle der NATO in die eines strategischen Partners zu verwandeln. Gegenwärtig werde die NATO aber gebraucht, um die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit im Hinblick auf die afghanischen Streitkräfte zu schließen. Derzeit stünden 97 Prozent der Streitkräfte der afghanischen Nationalarmee und 70 Prozent der afghanischen Nationalpolizei in Partnerschaften mit den ISAF-Truppen der NATO. Damit sei ein extrem hoher Grad der Zusammenarbeit erreicht, was den afghanischen Streitkräften zunehmend Selbstvertrauen gebe. Mitte Mai 2010 verfüge die afghanische Nationalarmee über knapp 126 000 Soldaten, bis Oktober werde sich die Anzahl auf 134 000 erhöhen. Die Stärke der afghanischen Nationalpolizei betrage derzeit 104 000. Das Ziel sei, Armee und Polizei bis Oktober 2011 weiter erheblich aufzustocken. Afghanistan bitte die NATO-Mitgliedstaaten darum, zusätzliche Ausbilder zur Verfügung zu stellen, um die Qualität der Armee- und Polizeikräfte sowohl in der theoretischen Ausbildung als auch im praktischen Training zu verbessern. Parallel zur aktiven Bekämpfung von Terrorismus und Gewalt in Afghanistan habe die afghanische Regierung eine Friedensdschirga einberufen. Vom morgigen Tage an würden 1 800 Repräsentanten der afghanischen Bevölkerung zusammentreten, um über die Möglichkeiten für Versöhnung und Wiedereingliederung zu debattieren. Die afghanische Regierung arbeite an einem Wiedereingliederungsprogramm für Talibankämpfer, die weder Al-Qaida noch einer anderen Terrorvereinigung angehörten. Die Probleme des Terrorismus, des Extremismus, der Drogenproduktion und der Armut stünden in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der gesamten Region und der ganzen Welt. Sie könnten nur durch internationale Zusammenarbeit gelöst werden, denn oft könnten nur die Staaten gegen Terroristen oder Drogenhändler vorgehen, in denen diese ansässig seien. Die Beziehungen Afghanistans zu Pakistan hätten sich glücklicherweise bereits verbessert, über Diplomatie und Vertrauensbildung hinaus sei aber tatsächliche Zusammenarbeit erforderlich. Sowohl für Afghanistan als auch für die NATO sei ein

Fehlschlag der ISAF-Mission keine Option. Wenn der Eindruck entstünde, die NATO bereite eine Abzugsstrategie vor, könne dies katastrophale Folgen haben. Ein vorzeitiger Abzug könne Afghanistan in einen *failed state* verwandeln und erneut zu einem sicheren Hafen für Terroristen machen. Afghanistan wolle die internationale Gemeinschaft nicht mehr als nötig belasten und erkenne den bereits geleisteten großen Einsatz ausdrücklich an. Der Verteidigungsminister drückte aber seine Hoffnung aus, dass die NATO den eingeschlagenen Weg in Afghanistan zu Ende führen möge.

Senator **Joseph A. Day** (Kanada) erkundigte sich, wie die Rekrutierungsschwierigkeiten für die afghanische Armee und Polizei bewältigt werden könnten. Verteidigungsminister **Abdul Rahim Wardak** antwortete, seit sich die Sicherheitslage im Süden Afghanistans verbessere, werde die Rekrutierungsquote dort höher. Auch die Friedensdschirga biete ein großes Potenzial für die Integration von Kämpfern in die afghanischen Streitkräfte, denn Armut sei der Hauptgrund dafür, dass sich viele Kämpfer den Taliban anschlössen. Senator **Didier Boulaud** (Frankreich) fragte, wie sich Afghanistan auf die Ankündigung des amerikanischen Präsidenten Barack Obama vorbereite, Mitte 2011 mit dem Rückzug der Truppen aus Afghanistan zu beginnen. Der Verteidigungsminister bestätigte, Afghanistan rechne damit, dass ab Mitte 2011 mit dem Abzug begonnen werde, denn es sei klar, dass das Engagement der internationalen Gemeinschaft nicht ewig andauern könne. Afghanistan müsse selbst für Sicherheit sorgen, und die Präsenz der afghanischen Streitkräfte vor Ort müsse eine nachhaltige Entwicklung gewährleisten. Die Stärkung der Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten sei ein wesentliches Argument, um das Kalkül der Gegner, nach dem Abzug der NATO wieder die Herrschaft im Land übernehmen zu können, zunichte zu machen. Der Abgeordnete **Doro Claudian Frunzulica** (Rumänien) fragte nach den Maßnahmen, die ergriffen würden, um die Unterstützung der afghanischen Regierung durch die Bevölkerung zu verbessern. Der Verteidigungsminister wies darauf hin, dass die meisten Afghanen nach 30 Jahren Krieg in ihrem Land genug davon hätten. Sie würden die neue afghanische Regierung gern unterstützen, wenn sie das Gefühl hätten, diese habe die Autorität, sie zu schützen. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit herrsche in der Bevölkerung bereits ein positives Bild. Dies zeige, dass der verbundene zivilmilitärische Ansatz der NATO richtig sei.

V Bericht des Schatzmeisters der Versammlung, Senator Pierre Claude Nolin (Kanada)

Der Schatzmeister, Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada), stellte seinen Haushaltsbericht für das Jahr 2009 und für das laufende Haushaltsjahr, die Jahresbilanz 2009 und den Bericht über den Pensionsfonds für 2009 vor. Die Versammlung nahm die Dokumente in der vorgelegten Fassung an.

VI Ansprache des NATO-Generalsekretärs Anders Fogh Rassmussen

NATO-Generalsekretär **Anders Fogh Rassmussen** begann seine Ausführungen mit einer Bestandsaufnahme der ISAF-Mission in Afghanistan. Neun Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und nach Beginn des Engagements der NATO in Afghanistan fragten sich die Menschen, ob diese Mission wirklich erfolgreich sein könne, und ob unsere Sicherheit wirklich durch die Lage in Afghanistan beeinträchtigt sei. In dieser Situation sei es Aufgabe von Politikern, Führung zu übernehmen, und die Richtung sei eindeutig: Der Einsatz müsse erfolgreich sein und er könne erfolgreich sein. Afghanistan sei immer noch die Frontlinie im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Wenn sich die NATO vorzeitig zurückzöge, würden die Taliban und auch Al-Qaida das Land wieder übernehmen. Der Terrorismus werde sich über Zentralasien bis nach Europa ausbreiten. Die instabile Lage werde auf die Atommacht Pakistan und die ganze Region überspringen. Dies werde erneut zu Anschlägen auf unseren Flughäfen, in unseren U-Bahnen und auf unseren Straßen führen. Ein erfolgreiches Ende des Einsatzes könne jedoch Afghanistan zu einem kraftvollen Symbol dafür machen, dass in dieser Region und auch in anderen Teilen der Welt Wandel möglich sei. Das Ziel des Einsatzes sei ein politisches, nämlich der Wandel der politischen Rahmenbedingungen in strategischen Kernbereichen, die Isolierung von Terroristen vom Rest der Bevölkerung und die Stärkung der gewählten afghanischen Regierung. Die Strategie der NATO stehe derzeit in den Regionen Helmand und Kandahar auf dem Prüfstand. Bei diesen Regionen handele es sich um Kernland der Taliban, dessen Verlust diese besonders schmerzen werde und um das sie daher besonders heftig kämpften. Trotzdem gebe es allmählich eine Entwicklung in die richtige Richtung. So übernähmen regionale politische Führer zunehmend Verantwortung für die Entwicklung ihrer Region, Kinder gingen in die Schule, Märkte florierten und die Menschen wagten es, die Straßen zu benutzen. Erst in etlichen Monaten werde erkennbar sein, ob dieser Prozess unumkehrbar sei. Dies werde nicht zuletzt von der Fähigkeit der afghanischen Regierung abhängen, Vertrauen in der Bevölkerung herzustellen. In dieser Woche werde der afghanische Präsident Hamid Karzai eine Friedensdschirga mit dem Ziel leiten, Versöhnung und Wiedereingliederung für Extremisten zu vereinbaren, die ihren Platz in der afghanischen Gesellschaft finden wollten. Die Parlamentswahlen im September 2010 würden einen weiteren Beitrag zur Stärkung legitimierter politischer Strukturen leisten. Die NATO habe erst jetzt die Truppenstärke erreicht, die die Kommandeure für notwendig erachteten. Immer noch fehlten einige Hundert Ausbilder für die afghanische Armee und Polizei. Je früher jedoch die afghanischen Streitkräfte ausgebildet würden, desto früher könnten sie auch selbst Verantwortung für die Sicherheitslage übernehmen.

Während Afghanistan noch für einige Zeit die oberste Priorität der NATO bleiben werde, dürfe jedoch das weitere Sicherheitsumfeld nicht außer Acht gelassen werden. Die Globalisierung verursache neue Risiken für die Si-

cherheit, und um diesen zu begegnen, müsse die NATO sowohl politisch als auch militärisch im Zeitalter der Globalisierung ankommen. In diese Richtung müsse das neue Strategische Konzept der Allianz weisen. Die NATO-Expertengruppe unter Madeleine Albright und die Parlamentarische Versammlung hätten bereits wertvolle Beiträge zur Entwicklung des neuen Strategischen Konzepts geleistet. Auf dieser Grundlage werde ein Entwurf erarbeitet werden, der nach der Sommerpause zwischen den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten abgestimmt werden müsse. Das Sicherheitskonzept für das 21. Jahrhundert müsse insbesondere drei Elemente enthalten: Die garantierte Sicherheit stehe für das Versprechen der Bündnispartner, einander im Angriffsfall Unterstützung zu leisten. Die partnerschaftliche Sicherheit umfasse eine verstärkte Zusammenarbeit mit Nicht-Mitgliedstaaten der NATO, zum Beispiel mit Pakistan, China und Indien. Das dritte Element sei die komplementäre Sicherheit. Obwohl die NATO die einflussreichste militärische Allianz der Welt sei, könnten Konflikte meistens nicht durch rein militärische Mittel gelöst werden. Neben militärischer Stärke komme es auf ökonomische Entwicklung, sozialen Ausgleich und gute Regierungsführung an. Um diese Voraussetzungen zu schaffen, sei ein vernetzter Ansatz nötig, bei dem militärische Aktionen und zivile Entwicklungsmaßnahmen Hand in Hand gingen. Die NATO müsse zu diesem Zweck mit anderen internationalen Akteuren wie den Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der Weltbank und anderen zivilen Organisationen und Geldgebern kooperieren. Dieser Ansatz erfordere einen flexibleren Einsatz der vorhandenen begrenzten Ressourcen und eine stärkere Prioritätensetzung. In Kürze werde den Verteidigungsministern der Mitgliedstaaten auch ein Vorschlag präsentiert werden, wie die Kommandostrukturen der NATO schlanker, effektiver und weniger kostenintensiv werden könnten.

Der Vorsitzende der Sondergruppe Mittelmeer und Naher Osten, Abgeordneter **Vahit Erdem** (Türkei), kritisierte das israelische Vorgehen gegen die Gaza-Hilfsflotte in internationalen Gewässern, das mehrere Menschenleben gekostet habe. Der Abgeordnete **Philippe Vitel** (Frankreich) unterstützte diese Kritik und erkundigte sich beim NATO-Generalsekretär, in wie weit eine gemeinsame Energiepolitik im neuen Strategischen Konzept eine Rolle spielen werde. Der Abgeordnete **Giorgi Kandelaki** (Georgien) fragte, wie die NATO die erfolgreich verlaufenen Kommunalwahlen in Georgien wahrnehme. NATO-Generalsekretär **Anders Fogh Rasmussen** erklärte, die Energiesicherheit sei ein wichtiges gesamtpolitisches Thema. Der NATO könne beispielsweise im Hinblick auf den Schutz kritischer Infrastruktur eine Rolle dabei zukommen. Ein freier und gerechter Verlauf der Wahlen in Georgien sei allgemein erwartet worden. Selbstverständlich sei dies ein wichtiger Punkt im Hinblick auf die Erfüllung der NATO-Beitrittskriterien. Der Abgeordnete **Jesús Cuadrado** (Spanien) bat den NATO-Generalsekretär um eine Einschätzung des Verlaufs der NATO-Operation in Kandahar. Der Abgeordnete **Jean-Michel Boucheron** (Frankreich) erkundigte sich, ob der vom Bündnis geplante Raketenabwehrschirm trotz sinkender Verteidigungsausgaben finanzierbar sei. NATO-Generalsekretär **Anders Fogh Rasmussen** erwiderte, der NATO-Einsatz im Süden Afghanistans müsse zu einer unumkehrbaren Entwicklung führen. Nach erfolgreicher Bekämpfung der Taliban in der Region werde sofort eine afghanische Verwaltung eingesetzt. Angesichts des Kostendrucks in den Mitgliedstaaten der NATO sei eine Konzentration auf die wesentlichen Aufgaben der Allianz erforderlich. Wegen der Bedrohung durch den Iran gehöre dazu der Raketenabwehrschirm. Der Abgeordnete **Julio Miranda Calha** (Portugal) fragte, ob die Friedensdschirga in Afghanistan Fortschritte im Hinblick auf die Rechte der Frauen bringen oder ob dieser Punkt dem Ziel eines baldigen Abzugs aus Afghanistan geopfert werde. NATO-Generalsekretär **Anders Fogh Rasmussen** erwiderte, Frauenrechte seien in der afghanischen Verfassung verankert. Da ein Versöhnungsprozess nur im Einklang mit der Verfassung verlaufen könne, würden die Frauenrechte auch nicht vernachlässigt. Auf die Frage des Abgeordneten **Viktor Ozerov** (Russische Föderation), wann und wie Russland in die NATO-Pläne zum Aufbau einer Raketenabwehr einbezogen werde, antwortete **Anders Fogh Rasmussen,** die NATO und Russland hätten bereits im Jahr 2008 auf diesem Gebiet zusammengearbeitet. Die Zusammenarbeit sei wegen des Krieges in Georgien eingestellt worden, werde nun aber im NATO-Russland-Rat fortgeführt.

VII Ansprache des Befehlshabers des *Allied Joint Force Command* (JFC) in Brunssum, General Egon Ramms

General **Egon Ramms** erläuterte, das *Allied Joint Force Command (JFC)* in Brunssum sei das operative Hauptquartier der ISAF-Mission, das die Aufgabe habe, ein bis anderthalb Jahre voraus zu blicken und den Bedarf im Einklang mit den prognostizierten Bedürfnissen zu ermitteln. Bereits vor zehn Monaten habe General Stanley McChrystal kurz nach seiner Amtsübernahme als ISAF-Kommandeur festgestellt, dass die Situation in Afghanistan ernst sei und die NATO ihre Strategie dringend anpassen müsse, um ein Scheitern zu vermeiden. Die Kritikpunkte hätten Schwächen in der Kommandostruktur der Mission, eine nicht ausreichende Koordinierung zwischen militärischen und zivilen Maßnahmen, mangelnde Rücksichtnahme auf die afghanische Bevölkerung sowie eine chronische Unterausstattung der Mission betroffen. Während die ersten drei Punkte nach und nach hätten verbessert werden können, sei der letzte Punkt nach wie vor problematisch. Dies sei beschämend für viele NATO-Mitgliedstaaten, insbesondere angesichts der großzügigen Beiträge mancher Nicht-Mitgliedstaaten. Im Ergebnis hätten einige wenige Mitgliedstaaten der Allianz die Hauptlast des Einsatzes zu tragen, insbesondere im Hinblick auf die Anzahl der im Einsatz gefallenen Soldatinnen und Soldaten. Nach Schaffung der notwendigen Voraussetzungen habe die Mission nun die erforderlichen Mittel, um den militärischen Teil der veränderten Strategie umzusetzen. Es gehe darum, durch eine Fokussierung auf 81 Schlüsselregionen, die die große Mehrheit der afghanischen Bevölkerung umfassten, ein besseres Sicher-

heitsumfeld zu schaffen. Des Weiteren gehe es darum, durch einen zügigen Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte zunehmend Verantwortung auf die Afghanen zu verlagern. Für die afghanischen Polizeikräfte fehlten jedoch nach wie vor mehr als 400 Ausbilder. In enger Abstimmung mit dem militärischen Teil der Kampagne solle die afghanische Regierung und Verwaltung darin unterstützt werden, Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen. Dies sei vielleicht der schwierigste Teil des Einsatzes, da afghanische Regierungsführung weder durch ausländisches Geld noch durch ausländische Unterstützung, sondern nur durch die Afghanen selbst hergestellt werden könne. Das Problem werde dadurch verschärft, dass es nicht genug zivile Ratgeber gebe, die bereit seien, die afghanische Selbstverwaltung in Helmand zu unterstützen. In Kandahar verfolge die NATO eine andere Strategie als in Helmand. Kandahar, die spirituelle Hauptstadt vieler Paschtunen, könne nicht durch ISAF-Streitkräfte beherrscht werden. Dort gehe es vielmehr darum, die Bevölkerung zu überzeugen, dass es sich lohne, die afghanische Regierung zu unterstützen. Dies könne nur durch spürbare Fortschritte bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Verbesserung der Infrastruktur und der Ausweitung von Gesundheits- und Bildungseinrichtungen erreicht werden. Die Herzen und Köpfe der Menschen könnten nicht durch die NATO, sondern nur durch die afghanische Regierung gewonnen werden. Die ISAF-Mission könne die Unterstützung der Menschen allerdings durch falsches Vorgehen aufs Spiel setzen. Neueste Umfrageergebnisse zeigten, dass mehr als 90 Prozent der Bevölkerung im Süden Afghanistans nicht die Taliban unterstützten, allerdings auch nicht die ISAF-Mission sehr viel länger im Land wünschten und ihrer eigenen Regierung noch nicht vertrauten. Eine Reaktion auf dieses Dilemma könne sein, von kurzfristigen Wiederaufbauprojekten zu nachhaltigeren Ansätzen überzugehen, die echte Arbeitsplätze brächten und in afghanisches Humankapital investierten. Außerdem sei es wesentlich, internationale Unterstützung durch afghanische Regierungsstellen zu leiten, um zu demonstrieren, dass es die afghanische Regierung sei, die die Verbesserungen herbeiführe. Auf der politischen Ebene stünden mit der Friedensdschirga, der für Juli 2010 geplanten Afghanistan-Konferenz in Kabul und den für September 2010 angesetzten Parlamentswahlen eine Reihe wichtiger Ereignisse bevor, die die zivilmilitärischen Maßnahmen auf der politischen Ebene unterstützen könnten. Außerdem müsse der Dialog mit Pakistan und anderen Nachbarstaaten Afghanistans dringend intensiviert werden.

Dr. Karl A. Lamers, MdB Leiter der Delegation	Minister Lorenz Caffier Leiter der Delegation des Bundesrates



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333